

Sonnensieg

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
 Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
 Telefon: Amt IV, 950.
 Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
 Unerlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 15.

Berlin, den 11. April 1909.

13. Jahrg.

Sonnensieg.

Sonnensieg! die blauen Meilen
 füllt nun wieder Frühlingssglanz,
 Und die goldnen Tage schreiten
 In die Welt, als ging's zum Tanz!
 All die kalten Ketten sprangen,
 Die geschmiedet Frost und Eis,
 Als der Lenz in's Land gegangen
 Kam mit seinem Blütenreis.

Erste blaue Weilchen strecken.
 Schüchtern sich am Gartenzaun;
 Mattgrün schimmer'ts von den Flecken
 Und die Knospen glänzen braun.
 Weiße Blumensterne grüßen
 Leuchtend dich am Rickerand,
 Wo die jungen Saaten sprießen
 Grün aus dunklem Schollenland.

Und du hörst die Lerche singen
 Und den Kuckuk wieder schrei'n, —
 Wie ein klingend Glockenschwingen
 Bittert, jauchzt es durch den Main:
 Denn es floh das letzte Trübe
 Banger Winterdämmerung,
 Und es lachen tausend Triebe
 Um dich froh und lebensjung. . .

Und in diesem Leuchten, Sprühen
 Willst allein du glanzlos sein?
 Sieh: die bunten Blumen blühen
 Auch für dich im Frühlingshain!
 Sieh: die goldnen Sonnenstrahlen
 Funkeln auch in dein Gemach!
 Sieh: nach allen Winterqualen
 Weht auch dir ein Frühlingstag!

Mühe ihn! Laß nicht verrinnen,
 Was sich werdejung dir beut!
 Keine Ernte kann gewinnen,
 Wer die Müh' der Ausfaat scheut!
 Sieh: was du in dunklen Tagen
 Dir ersehntest, wurde wahr:
 Liegt der Winter nicht erschlagen?
 Leuchtet nicht die Sonne klar?

Willst du dich dem Glanz verstecken,
 Den doch deine Augen schau'n?
 Mattgrün schimmer'ts um die Flecken
 Und die Knospen schnellen braun. . .
 Lachend lockt es aller Enden,
 Weil der Lenz zur Erde stieg,
 Greife zu mit beiden Händen:
 Dein Lenz ist es! . . . Sonnensieg!

Unsere Gauorganisation im zweiten Halbjahr 1908.

Bericht über die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit im 2. Halbjahr 1908.

Gau-Nr.	Name des Gaues	Im 2. Halbj. wurd. abgehalt.						Eingang			Ausgang		
		Verlanml. im Gauborort	Berichtsammlungen in anderen Orten des Bezirks	Beisprechungen und Sitzungen im Gauborort	Beisprech. u. Sitzg. in anderen Orten des Bezirks	Schreibweg. u. Briefe waren zu bezichtigen	Rezeptionen wurden vorgenommen	Briefe und Karten	Drucksachen und Pakete	Depeschen	Briefe und Karten	Drucksachen und Pakete	Depeschen
1.	Ost- und Westpreußen	12	26	20	26	2	—	87	18	1	106	225	6
2.	Schlesien und Posen	47	119	114	137	8	—	582	146	9	705	231	4
3.	Bezirk Groß-Berlin	44	8	257	4	114	—	553	1616	—	1184	2312	—
4.	Brandenburg	11	74	30	26	1	3	219	63	—	421	113	7
5.	Pommern	11	2	51	3	2	—	37	10	1	37	66	1
6.	Königreich Sachsen	16	53	17	25	8	4	461	90	8	541	50	15
7.	Südbayern*)	5	29	10	23	—	3	206	113	14	249	44	16
8.	Nordbayern	39	42	49	16	8	—	80	5	—	130	49	—
9.	Thüringen und Hessen-Rassel	5	28	16	39	2	—	249	61	7	313	120	5
10.	Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig	10	52	17	40	11	—	266	32	—	299	465	—
11.	Hannover	15	43	46	56	5	—	185	17	1	255	1028	—
12.	Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg	1	34	6	20	4	—	147	13	3	251	96	13
13.	Bremen und Oldenburg	7	39	14	14	2	—	163	4	—	174	82	—
14.	Westfalen	19	86	11	49	4	—	285	196	4	477	875	3
15.	Rheinprovinz	32	99	146	109	15	—	433	49	3	684	531	4
16.	Hessen, Unter-Baden, Rheinpfalz und Lothringen**)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16.	Württemberg, Ober-Baden und Elsaß	27	26	10	25	6	—	175	49	2	255	67	1
		301	760	814	612	192	10	4128	2432	58	6081	6404	75

*) Bezüglich der Lohnbewegungen liegen keine Angaben vor.
 **) Infolge Wechsels des Gauleiters kein Bericht eingegangen.

II. Die Entwicklung der Mitgliedschaften im 2. Halbjahr 1908.

Name des Ortes	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quart. 1908		Zahl der Wochenbeiträge			Gegen das 2. Quart. 1908		Gaubetrag für das 3. u. 4. Quart. 1908	
	2. Quart. 1908	3. Quart. 1908	4. Quart. 1908	Zunahme	Abnahme	2. Quart. 1908	3. Quart. 1908	4. Quart. 1908	Zunahme	Abnahme	M	h
Gau 1. Ost- und Westpreußen.												
Barthenstein	65	115	62	—	3	215	800	608	398	—	8	85
Danzig	104	121	103	—	1	915	815	1083	168	—	11	20
Göbing	7	8	9	2	—	128	87	91	—	37	—	85
Königsberg	1085	1019	786	—	299	11028	10164	9224	—	1804	90	25
Ragnit	—	8	8	3	—	—	80	32	32	—	—	30
Tilsit	260	208	207	—	53	2952	1232	1226	—	1726	20	75
Einzelmitglieder	6	3	1	—	5	57	35	4	—	53	—	20
Gau 2. Schlesien und Posen.												
Beuthen D.-Schl.	37	41	41	4	—	300	404	288	—	12	4	10
Breslau	2650	2650	2600	—	50	24374	24372	24481	107	—	262	50
Brieg	—	—	11	11	—	—	—	187	187	—	—	60
Bunzlau	118	107	113	—	5	1453	1422	1391	—	62	11	—
Freiturg	104	108	112	8	—	1239	1101	1417	178	—	11	—
Glag	19	28	26	7	—	134	294	301	167	—	2	70
Gleiwitz	41	32	33	—	8	339	361	261	—	78	3	25
Glogau	83	88	90	7	—	803	1269	994	191	—	8	90
Görlitz	224	202	191	—	33	2809	2621	2517	—	292	19	65
Grünberg	57	57	50	—	7	669	499	449	—	220	5	30
Hannau	57	59	63	11	—	666	643	846	180	—	6	35
Hirschberg	17	28	30	13	—	218	280	314	96	—	2	90
Kattowitz	54	54	49	—	5	439	445	293	—	146	5	10
Königsbrunn	16	17	18	2	—	150	138	153	3	—	1	75
Langenbielau	65	52	44	—	21	636	568	594	—	92	4	80
Magnit	159	172	177	18	—	1794	1940	2080	286	—	17	45
Neustadt D.-Schl.	27	27	29	2	—	270	299	235	—	35	2	80
Ostlau	78	86	63	—	15	919	915	720	—	199	7	40
Oppeln	—	—	13	13	—	—	—	29	29	—	—	65
Posen	115	100	106	—	9	1012	1029	1057	45	—	10	30
Rawitsch	10	10	12	2	—	125	69	120	—	5	1	05
Sagan	13	15	17	4	—	172	167	212	40	—	1	60
Schweidnitz	12	11	11	—	1	119	186	130	11	—	1	10
Strehlen	11	9	10	—	1	110	61	51	—	59	—	95
Striegau	50	71	69	19	—	670	852	632	—	38	7	10
Waldburg	61	70	69	8	—	736	818	768	32	—	6	80
Einzelmitglieder	26	23	23	—	3	150	204	269	119	—	1	35
Gesamt												
	4104	4117	4076	—	29	40356	40957	40789	433	—	408	45

Prov. Sachsen-Anhalt und Braunschweig.

Dieser Gau ist mit einer der stetigsten in der Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes. Auch die Krise hat seinem Fortschritt nicht Einhalt zu tun vermocht, dies, obwohl gerade der Gauvorort ganz besonders hart von der wirtschaftlichen Misere getroffen worden ist. Es ist in der Berichtszeit ein Mitgliedererwerb von 148 Mann zu verzeichnen, außerdem eine Zunahme von 2888 Wochenbeiträgen. Erheblicher gestiegen hat nur die Verwaltung Galle, was wohl in der Hauptsache auf die Erkrankung des dortigen Ortsangestellten und die wiederholt wechselnde Vertretung zurückzuführen ist. Elf Verwaltungen des Gaues weisen eine Mitgliederzunahme aus, acht Orte haben einen nicht nennenswerten Rückgang zu verzeichnen. Zwölf Verwaltungen haben ein Mehr, neun ein Minus an Beiträgern aufzuweisen. Die Durchschnittszahl der geleisteten Wochenbeiträge betrug im 2. Quartal 11,4, sie stieg im 3. Quartal auf 11,9 und fiel im 4. Quartal wieder auf 11,7 pro Mitglied. Der Jahresdurchschnitt betrug 1907 45,6 und stieg 1908 auf 46,4 Wochenbeiträge. An Gaubeiträgern ist für die Berichtszeit die Summe von 446,90 Mark abgeführt worden. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gaunkosten betrug im ersten Halbjahre 1,6 und fiel im zweiten auf 1,5 Pfg. pro Beitrag. Für 1907 gab die Hauptkasse noch 2,0 Pfg. zu. Die Mitgliederzahl des Gaues hat gegenüber dem Jahre 1907 um 247 Mann zugenommen und die Beitragszahl ist um 2642 Wochen gestiegen. Die fleißige Arbeit der Kollegen im Gau bürgt uns dafür, daß auch weiterhin kein Stillstand in der Mitgliederbewegung nach Aufwärts eintritt.

Hannover.

Es ist dies ein Gau, der wohl noch nie mit großen Fortschrittsziffern prangen konnte, er hält sich dafür aber auch jetzt in der schlechten Zeit recht gut. In der Berichtszeit ist daselbst ein Mitgliedererwerb von 64 Mann und ein Beitragsmehr von 1516 Wochen zu verzeichnen. Am besten hat der Gauvorort aufgeholt, er zeigt ein Plus von 89 Mitgliedern und 1006 Beiträgern. Vier Orte haben eine Mitgliederzunahme, sieben einen kleinen unerheblichen Rückgang zu verzeichnen. Beitragsgewinne zeigen acht Verwaltungenstellen auf, sechs dagegen Verluste. Die Durchschnittszahl der geleisteten Wochenbeiträge betrug im 2. Quartal 10,2 und stieg im dritten auf 12,0, um dann im 4. Quartal wieder auf 10,8 zu fallen. Die Jahresdurchschnittsumme betrug 1907 43,3, dagegen 1908 43,4 Wochenbeiträge. An Gaubeiträgern ist für die Berichtszeit die Summe von 203,75 Mk. aufgebracht worden. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gaunkosten belief sich auf 8,1 Pfg. im ersten und fiel auf 7,1 Pfg. im zweiten Halbjahr. Im Vorjahre betrug dieser noch 9,7 Pfg. pro Beitrag. Die Mitgliederzahl des Gaues ist gegen 1907 um 117 Mann, die Beitragsziffer um 479 Wochen gestiegen. Hoffen wir, daß die Kollegen im Gau alles daran setzen, um bald eine noch bessere Entwicklung der Mitgliedschaften herbeizuführen.

Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg.

Die nordische Wasserfront hat der Krise zum Trotz recht ansehnliche Erfolge in der Berichtsperiode erzielt. Es ist ein Mehr von 320 Mitgliedern und 10 925 Wochenbeiträgen erreicht worden. Die Verwaltungsstelle Hamburg I marschierte allen voran in der gesamten Entwicklung. Sie hat wohl anscheinend 398 Mitglieder eingebüßt, dafür aber ein Plus von 4694 Wochenbeiträgen erzielt. Auch C e r n f ö r d e, S a r b u r g, S e l d e, L ü b e c k, R o f f e n d a m m und W i s s i n a r haben bemerkenswerte Beitragsgewinne zu verzeichnen. Elf Verwaltungsstellen haben eine Mitgliederzunahme und ebenso viele einen Rückgang zu verzeichnen. An dem Beitragsmehr sind 11, an dem Minus 12 Verwaltungen beteiligt. Die Durchschnittszahl der geleisteten Wochenbeiträge betrug 10,6 im 2. und stieg auf 11,1 im 3. und 11,2 im 4. Quartal. Auf den Jahresdurchschnitt 1907 entfielen 44,1, auf 1908: 44,0 Wochenbeiträge. An Gaubeiträgern ist für die Berichtszeit die Summe von 1230,70 Mk. abgeführt worden. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gaunkosten fiel von 0,5 Pfg. im ersten auf 0,3 Pfg. im zweiten Halbjahre. Für 1907 betrug die Durchschnittsziffer 0,5 Pfg. pro Beitrag. Die Mitgliederzahl des Gaues ist gegen 1907 um 1294 Mann gestiegen, es ist dies für 1908 die größte Zunahme, die in einem Gau zu verzeichnen ist. Die Beitragsziffer hat sich in der gleichen Zeit um 15 230 Wochen gehoben. Auch für die Zukunft ist nicht zu befürchten, daß dieser Gau nicht eben solche Fortschritte machen wird, im Gegenteil ist noch auf stärkere Entwicklung zu hoffen.

Bremen und Oldenburg.

Auch dieser Gau hält den Zeitverhältnissen tapfer Stand. Große Erfolge sind in der Berichtszeit freilich nicht erzielt worden, aber das Halten des Bestandes ist in solchen Zeiten gewiß etwas wert. Es ist ein Mehr von 37 Mitgliedern und 1303 Wochenbeiträgen nachzuweisen. Der Gauvorort Bremen und Elsbeth haben die besten Fortschritte aufzuweisen. Verluste erheblicherer Natur haben Bremerhagen und Feber zu verzeichnen. Acht Orte des Gaues weisen Mitgliedererwinne, zehn Mitgliederverluste auf. Ein Mehr an Beiträgern ist in 7, ein Weniger in 12 Verwaltungen zu vermerken. Die Durchschnittszahl der geleisteten Wochenbeiträge belief sich im 2. Quartal auf 11,5 und fiel im 3. auf 10,7, um im 4. auf 11,7 zu steigen. Für das Jahr 1907 betrug die Durchschnittsziffer 44,0 und stieg 1908 auf 44,6 Wochenbeiträge. An Gaubeiträgern ist in der Berichtszeit die Summe von 335,45 Mk. aufgebracht worden. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gaunkosten belief sich auf 2,3 Pfg. im ersten und stieg auf 2,4 Pfg. im zweiten Halbjahre. Im Jahre 1907 hatte die Hauptkasse pro

Table with columns: Name des Ortes, Zahl der Mitglieder (2. Quart. 1908, 3. Quart. 1908, 4. Quart. 1908), Gegen das 2. Quart. 1908 (Zunahme, Abnahme), Zahl der Wochenbeiträge (2. Quart. 1908, 3. Quart. 1908, 4. Quart. 1908), Gegen das 2. Quart. 1908 (Zunahme, Abnahme), Gaubeitrag für das 3. u. 4. Quart. 1908 (M, S). Title: Gau 15. Hessen, Unter-Baden, Rheinpfalz und Lothringen.

Table with columns: Name des Ortes, Zahl der Mitglieder (1908, 1907, 1906), Gegen das 2. Quartal 1908 (Zunahme, Abnahme), Zahl der Wochenbeiträge (1908, 1907, 1906), Gegen das 2. Quartal 1908 (Zunahme, Abnahme), Gaubeitrag für das 3. u. 4. Quartal 1908 (M, S). Title: Gau 16. Württemberg, Ober-Baden und Elsaß.

Zusammenstellung.

Summary table with columns: Gau Nr., Zahl der Mitglieder (2. Quart. 1908, 3. Quart. 1908, 4. Quart. 1908), Gegen das 2. Quartal 1908 (Zunahme, Abnahme), Zahl der Wochenbeiträge (2. Quart. 1908, 3. Quart. 1908, 4. Quart. 1908), Gegen das 2. Quartal 1908 (Zunahme, Abnahme), Gaubeitrag für das 3. und 4. Quartal 1908 (M, S).

III. Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Table with columns: Gau-Nr., Die Zahl der Beiträge betrug pro Mitglied: Jahresdurchschnitt (pro 1906, pro 1907), 1908 (1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal), Jahresdurchschnitt 1908.

IV. Zusammenstellung der Gau-Einnahmen und Ausgaben.

Table with columns for Gau Nr., Gesamtumkosten, Gaubeitrag, Die Hauptkasse zahlte an, and Der Ueberbuss betrug. It contains data for 16 Gaus across two years (1907 and 1908).

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 4. Quartals 1907 und 1908.

Table with columns for Gau Nr., Mitgliederzahl (1907, 1908), Zunahme, Abnahme, Beitragsziffer (1907, 1908), and further Zunahme/Abnahme. It compares 1907 and 1908 data for 16 Gaus.

Beitrag 2,7 Pf. zuzubringen. Gegen das Jahr 1907 ist für den Gau im ganzen ein Mehr von 164 Mitgliedern und 1982 Beiträgen zu verzeichnen.

Westfalen.

Einführung zu den Schmerzenskindern unserer Kritik während, ist hier seit dem Wechsel des Gauleiters ständig ein Fortschritt zu vermerken. Das westfälische Wirtschaftsgebiet leidet schwer unter der niedrigen Konjunktur, dennoch zeigt uns die Organisation im Gau ein schönes Aufblühen.

Rheinprovinz.

Dieser Gau hat sich nicht ganz auf der Höhe zu erhalten vermocht seine Verluste sind zwar nicht gerade erheblicher Natur, aber doch nicht ganz leicht zu nehmen. Es ist ein Minus von 59 Mitgliedern und 627 Wochenbeiträgen zu verzeichnen.

Städte des Rheinlandes weisen noch nicht im entferntesten Mitgliederzahlen auf, die der Zahl der vorhandenen Berufskollegen auch nur halbwegs entsprechen, es ist also im Gau auch in der Zukunft für alle Kollegen Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden.

Sachsen, Unter-Baden, Rheinpfalz und Lothringen.

Anscheinend mit einem minimalen Mitgliedererfolg, tatsächlich aber mit ganz unverhältnismäßigen Beitragsverlusten schließt dieser Gau die Berichtsperiode ab. In der Tabelle fällt besonders das große Minus an Beiträgen im Gauvorort auf.

Württemberg, Ober-Baden und Elsaß.

Dem äußersten Südwesten des Reiches scheint die wirtschaftliche Depression sehr mitgespielt zu haben. Der Gau hat in der Berichtsperiode 322 Mitglieder verloren und 2262 Wochenbeiträge eingebüßt.

Zuschuß der Hauptkasse zu den Gaunkosten betrug im ersten Halbjahre 7,2 Pf. und stieg im zweiten auf 8,3 Pf. Für 1907 waren 9,2 Pf. pro Beitrag seitens der Hauptkasse zuzulegen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1907: 88.961 Personen, 1908 dagegen 87.746 Personen, es ist also ein Minus von 1215 Mitgliedern zu verzeichnen.

Wenn wir auch mit diesen Tatsachen nicht ganz unzufrieden zu sein brauchen, liegt es doch im Interesse der gesamten Kollegenschaft, wenn versucht wird, überall ein beschleunigtes Tempo in die Mitgliedererwerbung zu bringen.

Vor wenigen Wochen hat das Arbeitgeberium eine weitere Stärkung seiner Position durch den Zusammenschluß der beiden größten Verbände erfahren. Wollen wir dieser Miesenmacht begegnen, wollen wir uns nicht ihrer Willkür ausliefern, dann gilt es jetzt mit vermehrter Wucht auf die Feste des Individualismus anzustürmen und sie durch fleißige Aufklärungsarbeit unschädlich zu machen.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Der Minister des Innern hat folgende Vorschriften für die Prüfung der Führer von Kraftfahrzeugen erlassen:

Die Prüfung zerfällt in eine mündliche und eine praktische.

- 1. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf a) die allgemeine Kenntnis der Hauptteile des vorgeführten Fahrzeuges, genaue Kenntnis der für die Beurteilung seiner Verkehrssicherheit in Betracht kommenden Teile (Lenkvorrichtung, Bremsen, Geschwindigkeitswechsel, Rücklauf und Stabberührung); b) das Verhalten in besonderen Fällen (z. B. bei Schleudern des Wagens, bei Feuergefahr am Fahrzeug, Wassermangel bei Dampfmaschinen); c) die Beurteilung der Verkehrssicherheit des Fahrzeuges vor Eintritt der Fahrt; d) die Kenntnis der für den Führer eines Kraftfahrzeuges maßgebenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften.

- 2. Die praktische Prüfung umfaßt a) die Kontrolle der Bremsen und Lenkvorrichtungen, Zugangehen des Motors nach vorheriger Prüfung der Zündervorrichtungen und einfache Fahrübungen auf kurzer Strecke (z. B. Einhalten einer gegebenen Fahrtrichtung, Ausweichen vor markierten Hindernissen, schnelles Gehen mit Benutzung der verschiedenen Bremsen, Rückwärtsfahren, Wenden mit und ohne Vermeidung der Rückwärtsfahrt); b) Probefahrten auf freier Strecke in möglichem Verkehr mit Begegnen und Ueberholen von Führern, Ausfahrt aus einem Grundstück, Einbiegen in Straßen, Anwendung des Warnungsschildes, Wechsel der Geschwindigkeit (wenn möglich auch in Steigungen und im Gefälle) unter Benutzung der verschiedenen zu Gebote stehenden Hilfsmittel, Handhabung der Bremsen unter verschiedenen Verhältnissen; c) abschließende Prüfung in freier Fahrt, auch durch belebtere Verkehrsströme in mindestens einstufiger Dauerfahrt unter Benutzung aller am Prüfungsort und in seiner näheren Umgebung zu Gebote stehenden Geländebedingungen.

Für die Führung von Kraftfahrzeugen ist die Prüfung der Bauart des Fahrzeuges entsprechend zu gestalten. Nach dem Ermessen des Sachverständigen kann dabei die Dauer der unter 2c vorgeschriebenen freien Fahrt eingeschränkt werden.

Zu der mündlichen Prüfung können mehrere Prüflinge gleichzeitig zugelassen werden. Der praktischen Prüfung für Kraftwagen ist jeder Prüfling einzeln zu unterziehen.

Die praktische Prüfung ist vorzunehmen, wenn der Prüfling die mündliche Prüfung bestanden hat. Zu der Prüfung gemäß 2c darf der Prüfling nur zugelassen werden, wenn er bei der Prüfung nach 2b volle Sicherheit, Ruhe und Gewandtheit gezeigt hat.

Bei den Fahrprüfungen für Kraftwagen (vergl. b und c) muß der prüfende Sachverständige auf dem Wagen Platz nehmen. Er hat bei der Fahrt von Anweisungen, soweit irgend möglich, abzusehen und sein Augenmerk besonders darauf zu richten, ob der Prüfling die nötige Ruhe und Geistesgegenwart, einen sicheren Blick und Verständnis für die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs hat, sowie ob er Entfernungen richtig abzuschätzen, die Gelände- und Verkehrsverhältnisse

nisse besonders beim Wechsel der Geschwindigkeit zu berücksichtigen und zu benutzen, die Bremsen richtig zu handhaben und Geräusch- und Geruchbelästigung nach Möglichkeit zu vermeiden versteht.

Nach unseren Erfahrungen sind diese Vorschriften wohl kaum geeignet, wesentliche Verbesserungen in die jetzigen Prüfungsverhältnisse zu bringen. Wer kontrolliert denn z. B. den prüfenden Sachverständigen, ob er die Vorschriften immer inne hält?

Warum ordnet der Minister nicht die Errichtung paritätischer Fahrschulen, denen auch die Prüfung der Fahrer zu übertragen ist, an? Soll mit dieser Verordnung der Schlenbrian im Verkehrswesen weiterbestehen und soll fortgewürfelt werden?

Hamburg. „Kraftdroschen ohne genügenden Strom. Es ist wiederholt darüber Klage geführt, daß die Führer von Kraftdroschen, auch wenn sie die Freifahrte zeigen, einzelne Fahrten auch innerhalb des Droschengebiets ablehnen mit der Begründung, nicht mehr genügend Strom zur Verfügung zu haben. Die Polizeibehörde hat daher angeordnet, daß die Kraftdroschenführer die Freifahrt mit dem Schild „Bestelli“ verdecken müssen, sobald sie infolge Stromverbrauchs oder aus andern Gründen nicht mehr in der Lage sind, jede von ihnen verlangte Fahrt innerhalb des Droschengebiets auszuführen. Jeder Führer einer Kraftdrosche macht sich also strafbar, wenn er die Freifahrt zeigt oder auf Posten hält und trotzdem eine Fahrt innerhalb des Droschengebiets ablehnt.“

Wir ersuchen die Kollegen, dieses in ihrem eigenen Interesse zu beachten.

Bierfahrer.

Beuthen O.-S. Am 25. März fand hier eine Versammlung statt, in der ein Vortrag gehalten wurde über: Warum und wo müssen sich die Bierkutscher organisieren? Redner entrollte den Anwesenden ein Bild der ganzen wirtschaftlichen Misere ihres Berufs. Der Bierkutscher muß frühzeitig auf den Weinen sein; ohne Unterlay geht es von Straße zu Straße, von Geschäft zu Geschäft, um nur recht viel Bier zu verkaufen. So mancher Kollege kennt keine Mittagspause, unterwegs muß er ein paar Wisen essen — und ermüdet und abgepannt kommt er spät abends nach Hause. Und ist nun die Woche zu Ende, so gibt es für ihn keinen Sonntag, wo er die müden Glieder ausruhen kann. Frühzeitig muß er auch Sonntags heraus, selbst während der Kirchzeit sieht man recht oft noch die Kollegen mit Bier fahren und so manche Kollegen kommen erst nachmittags um 3 oder 4 Uhr von ihrer Tour zurück. Die Kollegen haben aber auch noch großes Mißo. Recht oft kommt es vor, daß einmal ein Kunde nicht bezahlen kann, was soll nun der Kollege machen? Nimmt er das Bier wieder mit, verliert er die Kundschaft, um dieses zu vermeiden, borgt er. Er selbst muß aber, wenn er von der Tour zurückkommt, bezahlen. Auf diese Weise kommt es, daß so mancher Kollege recht ansehnliche Summen bei der Kundschaft stehen hat, die dann in vielen Fällen verloren sind. Genau so verhält es sich mit dem Flaschenpfand. Dem Kutscher wird alles abgezogen, wohingegen er immer auf die Kundschaft Rücksicht nehmen muß.

Dieser langen Arbeitszeit und dem großen Mißo gegenüber stehen die gezahlten Löhne durchaus nicht im Einklang. Eine große Anzahl der Kollegen erhalten monatlich nicht mehr wie 60—70 Mark ohne jede Lantime. Nur wenige Kollegen, die schon jahrelang in Stellung sind, erhalten 80—90 Mark. Wenn man aber berechnet, daß der Bierkutscher beim Ausführen der Kundschaft eine ganze Menge Geld braucht, wird man sich vorstellen können, daß der überzulebende Teil durchaus nicht zur Erhaltung einer Familie reichen kann. Hinzu kommt noch, daß durch Zölle und Steuern die allernotwendigsten Lebensmittel verteuert werden. Redner geht in kurzen Worten auf die gegenwärtige Krise ein und erklärt: Beim wirtschaftlichen Aufschwung füllten die Unternehmer ihre Taschen, die Arbeiter werden mit Profitem abgepeist. Beim Niedergang jedoch hat der Arbeiter den größten Schaden. Arbeiterentlassungen werden vorgenommen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen treten ein. Die Kollegen, die nicht organisiert sind, müssen sich dies gefallen lassen. Für uns gibt es nur das eine: Diese trostlosen Zustände aus der Welt zu schaffen. Sollen wir dies instand setzen, müssen sich alle Kollegen dem Transportarbeiter-Verbande anschließen.

Unsere Lösung muß sein: Regelung der Arbeitszeit, Erringung besserer Löhne, Abschaffung des Sonntagsfahrens, Einführung von Sommerurlaub usw. Dieses alles können wir aber nur erringen, wenn wir geschlossen zusammenhalten. Darum muß und wird unser Ziel sein, auch dem letzten Bierkutscher dem Transportarbeiterverbande zuzuführen.

In der Diskussion wurden von verschiedenen Kollegen die Ausführungen des Referenten bestätigt und die Hauptschuld der heutigen Zustände der Uneinigkeit der Kollegen zugeschrieben. Des ferneren wurde auf die Handlungsweise des Brauerverbandes hingewiesen. Der Agitator beschrieb schäme sich nicht, einem Kollegen, der zu uns übertreten wollte, zu drohen, er würde dies dem Direktor melden, damit er entlassen würde. Diese Handlungsweise wurde von den Versammelten auf das schärfste verurteilt. Die versammelten Kollegen sprachen ihre Meinung dahin aus, daß die Bierkutscher bei den Brauern nichts zu suchen haben, sie gehören zum Transportarbeiterverband. Das ergebe sich ja schon daraus, daß die meisten Kollegen heute mal Bierkutscher, morgen aber übermorgen aber Speditionskutscher sind! Es wurde aber angeregt, eine eigene Sektion der Bierkutscher für ganz Oberschlesien zu gründen. Diesem Wunsch wird nachgegeben werden. Die Agitation unter den Kollegen wird in kräftiger Weise fortgesetzt, aber die

organisierten Kollegen müssen dabei helfen. Um wir jeder von uns ganz unsere Pflicht und Sie werden sehen, es wird möglich sein, auch in unserem Berufs menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Beuthen O.-S. Schon seit längerer Zeit haben wir hier in Oberschlesien über den Brauerverband zu klagen. Derselbe läßt sich angelegen sein (wie ja auch anderwärts), uns die Mitglieder abzutreiben. Die Mittel, deren sich seine Agitatoren bedienen, waren mitunter durchaus nicht fair. Bis jetzt hatten wir nur in der Zahlstelle Kattowitz über die Abtreiber zu klagen, nimmere haben aber die Herren ihre Schritte auch nach Beuthen gelenkt. Die Herren sind jedenfalls der Meinung, daß der Transportarbeiterverband nun genügend vorgearbeitet hat, und für sie die Zeit gekommen ist, uns auch hier die Mitglieder abzutreiben.

Der Agitator der Brauer ist ein Herr Schneider aus Kattowitz. Dieser Herr arbeitet nach folgendem Rezept: Die erste Frage ist: *Wißt Du organisiert?* lautet nun die Antwort: Ja, im Transportarbeiterverband, so erklärt er folgendes: In den Transportarbeiterverband gehörst Du nicht, sondern in den Brauerverband. Du wirst Dich doch nicht mit den Speditionskutschern und Arbeitern auf eine Stufe stellen. Mit einem Wort, er redet dem Kollegen Bierkutscher ein sogenanntes Standesbewußtsein ein, und stempelt zu gleicher Zeit die Kollegen aus der Spedition zu Arbeitern zweiter Klasse.

Bei einem Kollegen wendete er folgenden Trit an: Bei uns zahlst Du nur 30 Pfg. Beitrag und die Unterführungen sind höher. Der Transportarbeiterverband taugt nichts, der kann Eure Interessen nicht vertreten. Tritt nur bald über, sonst kommst Du es noch bereuen. Das Meisterstück seiner Agitation — daß, ich kann wohl behaupten, trotz aller Uebergriffe bei Grenzzeitigkeiten noch von niemanden angewandt worden ist — leistete er sich bei einem anderen Kollegen, der vom Brauerverband zu uns übertreten wollte. Betreffender Kollege ist Haushälter in einer Bierkneipe. Diesem sagte Herr Schneider, wenn er (der Kollege) zu uns übertreten würde, würde er es dem Direktor melden und er würde dann entlassen werden. Diese Handlungsweise zu charakterisieren halten wir für überflüssig, sie spricht für sich selbst! Im übrigen überlassen wir es unseren Kollegen, sich hierüber ein Urteil allein zu bilden. Bei dieser Gelegenheit, fällt mir ein im Volksmunde sehr bekanntes Sprichwort ein. Diese Art Agitation hat nun allerdings das Gegenteil von dem bewirkt, was Herr S. bezweckte. Der Kollege ist nun erst recht zu uns übergetreten und wir können nun abwarten, ob Herr S. seine Drohung in die Tat umsetzen wird.

Leipzig. Die Flaschen- und Flaschenbierarbeiter hielten am 28. März eine Versammlung ab, in welcher Kollege Kalbitz Bericht über die wiederholten Verhandlungen mit dem Brauerverein wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises erstattete. Zunächst verwies Redner auf den vereinbarten Lohnstarif, welcher die Bestimmung enthält, daß bis 31. Juni 1908 ein paritätischer Arbeitsnachweis geschaffen werden sollte. Die Schuld, warum dieser Termin nicht eingehalten worden ist, trifft in erster Linie die Unternehmer. Auch die Arbeiter brachten der neuen Einrichtung nicht all zu viel Vertrauen entgegen, was bewirkte, daß die Arbeitnehmer-Vertreter nach Abschluß des Lohnstarifs sich dahingehend einig waren, den paritätischen Arbeitsnachweis abzulehnen. Trotz diesem Abkommen reichte der Brauerverein dem Transportarbeiterverband hinter dem Rücken der übrigen Gewerkschaften Abänderungsvorschläge bei der Unternehmervereinigung ein und infolgedessen waren dann auch die übrigen beteiligten Organisationen gezwungen, ein gleiches zu tun. Die Verhandlungen waren recht schleppend und zettigten eigenartige Blüten. Die Vertreter der beiden Brauerorganisationen warfen sich die allerschönsten Schmeicheleien an den Kopf, wobei das Unternehmertum den lachenden Dritten spielte. Troßdem festgestellt wurde, daß der Brauerverband von den Unternehmern finanziell unterstützt wird, trat der Bezirksleiter des Brauerarbeitersverbandes warm dafür ein, dieser „Arbeiterorganisation“ von Unternehmern Gnade, einen Sitz im Vorstand des Arbeitsnachweises, der gleichzeitig als Schiedsgericht zur Schlichtung von Differenzen dienen sollte, mit einzuräumen. Dafür verlangte aber derselbe Vertreter, die freie Gewerkschaft der Maschinisten und Heizer vom Vorstand des Arbeitsnachweises auszuschließen. Gegen ein solches Vorgehen wandten sich nicht nur der Vertreter der Maschinisten und Heizer, sondern auch die Transportarbeiter und Wöttcher und gab es bei den weiteren Verhandlungen, an denen auch der Zentralvorstand der Maschinisten und Heizer teilnahm, derbe Auseinandersetzungen.

Nachdem Redner die einzelnen Bestimmungen des Arbeitsnachweises erläuterte, konnte die vorgenommenen Abänderungen in eingehender Weise besprochen werden, wobei er darauf, daß die Verhandlungen bei dem Punkt Befestigung des Vorstandes stehen blieben. Der Unternehmervorschlag ging dahin, den Vorstand aus 5 Arbeitgeber und 5 Arbeitnehmer zusammen zu setzen, so daß allen in Betracht kommenden Organisationen eine Vertretung im Vorstande zugestanden wurde. Von dem Brauerarbeiters-Vertreter wurde verlangt, die Verhältnismäßig einzuführen und den Vorstand aus 5 Personen zusammen zu setzen. Während die freien Gewerkschaften diesem Vorschlag zustimmten, lehnten ihn die Bundesvertreter ab. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen verlagert. Bei den weiteren Verhandlungen, die am

29. v. Mts. stattfanden, sind denn auch die Verhandlungen entgültig gescheitert, und zwar deshalb, weil die Vertreter der Brauerarbeiters-Vertreter auf ihren Standpunkt beharrten und den Maschinisten und Heizern keine Vertretung im Vorstand des Arbeitsnachweises einräumen wollten.

An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion und wurde hierauf zur diesjährigen Matseier Stellung genommen. Kollege Heber verwies darauf, daß jedes Jahr die Flaschen- und Flaschenbierarbeiter in großer Zahl an der Feier der Arbeit teilgenommen haben, auch diesmal dürfen die Kollegen sich davon nicht abhalten lassen von den tariflichen Bestimmungen ausgedehnten Gebrauch zu machen und die Urlaubskisten rechtzeitig zu unterzeichnen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, die Urlaubskisten den Vertrauensleuten baldigst zuzustellen, außerdem ein Flugblatt an die Restaurateure, Produzenten usw. herauszugeben, in welchem alle Bierabnehmer darum ersucht werden, Bestellungen so einzurichten, daß den Flaschen- und Flaschenbierarbeitern die Matseier nicht unnötiger Weise verflummert wird.

Nachdem Kollege Fischer auf die rechtzeitige Abführung des Volkshausesaalbauseins verwiesen und zum Abonnement auf die Leipziger Arbeiterpresse aufgefordert hatte, erfolgte nach einem kräftigen Schlussswort des Vorsitzenden, in der Agitation nicht zu erlahmen, die anregend verlaufene Versammlung.

Droschkenführer.

Berlin. Willst Du wissen, was sich ziemt, so frage nur bei vielen Frauen an. In verschiedenen Tageszeitungen war kürzlich zu lesen, daß der Vaterländische Frauenverein die Parole ausgegeben haben soll, zu seinen Festen im Bedarfsfälle nur noch Autodroschken zu benutzen. Auf Befragen an maßgebender Stelle soll einer Fuhrherrnvereinigung, welche Pferdebedroschken im Betriebe hat, der Befehl zuteil geworden sein, daß in der Tat ein Boykott der Pferdebedroschken vorliege, man höre und staune, weil die Führer dieser Droschken erstens einmal allesamt Sozialdemokraten seien und zweitens deshalb, weil sie feinerzeit, beim Einzug des Kronprinzenpaares zc., einen Droschkenstreik inszeniert hätten.

Diese Tat des Vaterländischen Frauenvereins soll, wie man sagt, verschiedene Droschkenfuhrherren kolossal verärgert haben, schon aus dem Grunde, weil sie keine Sozialdemokraten sein wollen, und zum andern deshalb, weil ihnen dadurch ein Teil ihrer Einnahmen entgeht. Gegen eine derartige Zumutung, daß sie Sozialdemokraten seien, protestieren die Fuhrherren ganz energisch, sie wollen dem Vaterländischen Frauenverein den Beweis erbringen, daß der damalige Droschkenstreik mit dem Einzug des Kronprinzenpaares nichts zu tun hatte. Der Verein der Droschkenbesitzer von Weikensee ist besonders darüber aufgebracht, wie man es wagen kann, an seiner patriotischen Gesinnung zu zweifeln, wenigstens geht dies aus dem Sitzungsprotokoll hervor; ob er auch hierfür den Beweis erbringen will, daß daran nicht zu lippen ist, wissen wir ja nicht, denn darüber, in welcher Form dies geschehen solle, verlaute nichts. Wir gestehen, daß wir es äußerst lächerlich finden würden, wenn der Vaterländische Frauenverein den feinerzeit gehaltenen Droschkenstreik als Grundlage nimmt, um herauszubestimmen, daß die Pferdebedroschkenführer samt und sonder Sozialdemokraten seien und deshalb nun nur noch Autodroschken benutzt; denn man darf doch nicht vergessen, daß die am Streik Beteiligten nicht nur Pferdeführer, sondern auch Kraftdroschkenführer waren. Zu welcher Partei man nun Lehre einschätzt, das mag der liebe Himmel wissen, vielleicht wissen's die vaderländischen Frauen; sollte ihnen nicht bekannt sein, daß in jeder Kategorie sich verschiedene Parteianghörige befinden? Wenn, wie schon angedeutet wurde, der stattgehabte Streik mit dem Einzug des Kronprinzenpaares nichts zu tun hatte, so hat dieses eine vollständige Nichtigkeit; denn es handelte sich doch lediglich darum, um gegen rigorose Polizeimaßnahmen zu protestieren, und darüber waren sich, wir möchten beinahe sagen sämtliche Droschkenbesitzer und Führer einig, ganz gleich welcher Partei sie angehörten, daß ein Protest, wie er geplant war, nur dann wirkungsvoll sein könne, wenn man einen Tag dazu ausersehe, an welchem ein größeres Bedürfnis an Droschken vorhanden war. Es sollte doch nur der vorgesetzten Behörde zu Gemüte geführt werden, daß man die Droschken noch nicht ganz beiseite schieben könne. Dieser Zweck ist ja auch vollständig erreicht worden.

Wenn nun genannter Verein dazu kommt, der ganzen Sache politische Motive unterzuschreiben, so finden wir das, wie schon gesagt, einfach lächerlich. Unsere Kollegen sollten sich hierüber eigentlich nicht weiter aufregen, dieselben sollten wissen, daß man in derartigen Kreisen gewöhnt ist, alles durch die patriotische Brille zu betrachten, und wer sich in dieser Beziehung nicht mit ihnen einverstanden erklärt, einfach als Gegner angesehen wird, ganz gleich, ob es nun ein Droschkenführer oder möglicherweise ein Minister ist. Deshalb ist auch jedes Wort, welches darüber gesprochen wird, hinfällig.

Schade ist nur, daß der Vaterländische Frauenverein nicht so oft Bekanntheit mit der Polizei als wie ein Droschkenführer macht, schade ist, daß er nicht so drangalierter und mit Strafverfügungen bombardiert wird. Wäre dies der Fall, dann würde er bald seine Gesinnung, wir meinen bezüglich der Polizei, wechseln, und dann wollten wir einmal sehen, zu welchen Maßnahmen von dieser Seite gegriffen würde, dann würde selbst das vaderländische Frauenherz aufbegehren und dann, ja dann, dann würden Weiber zu Hyänen werden.

Fensterputzer.

Köln. Eine Sektionsversammlung der Fensterputzer beschäftigte sich mit dem Thema: „Wie bauen wir unsere Organisation aus und wie fördern wir die Agitation in unserem Beruf?“

Magdeburg. In einer kürzlich abgehaltenen, gut besuchten Fensterputzerversammlung wurde eingehend zu der Tarifkündigung der Unternehmer Stellung genommen.

Die Versammlung nahm mit Bedauern von dieser Nichtachtung der Organisation seitens der Unternehmer Kenntnis. Dieselben Institutsinhaber, die sich am 13. Februar d. J. zu einer Ortsgruppe zusammenschlossen haben, zu der auch jedenfalls Herr Kemnitz gehört, verlangen von ihren Vögern, aus dem Transportarbeiterverband auszutreten, sonst erhielten sie am Sonnabend ihre Kündigung.

Mit solchen Mitteln suchen nun einzelne Unternehmer die Öffentlichkeit zu täuschen, um die berechtigten Bestrebungen der Putzer herabzusetzen. Die Versammlung war aber doch noch der Ueberzeugung, daß die einschichtigen Institutsinhaber den Weg der Versündigung finden werden; sollte sie sich hierin getäuscht haben, wird sie ihre Taktik danach einrichten.

Magdeburg. Streit der Fensterputzer. In den Reinigungsinstituten von A. Bonath u. Co. und Neumann haben die Fensterputzer am 1. April die Arbeit niedergelegt. Der bis jetzt bestehende, mit dem Transportarbeiterverband abgeschlossene Lohnvertrag ist von den Herren gekündigt worden, ohne daß bis heute eine Einigung über die zukünftige Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in ihren Betrieben hätte erzielt werden können.

Aus den Jugend-Abteilungen.

Berlin. Die Monatsversammlung der Abteilung Nord-Osten am 20. März cr. war auch diesmal wieder sehr gut besucht.

Zunächst hielt ein Kollege einen Vortrag über: „Religion und Wissenschaft“. Er führte die Gegenstände beider in gemeinverständlicher Weise vor Augen, zeigte, wie unsere Erde nach den Forschungen der Wissenschaft entstanden sein muß, wie sie aber nach dem Lehren der Bibel entstanden sein soll und besprach die sich so ergebenden, völlig unvereinbaren Widersprüche.

Müßte man daher die Bibel als Erkenntnisquelle verwerten, so sei andererseits ihr ethischer Wert unverkennbar. Es ständen darin ganz hübsche Sachen, wie beispielsweise: „Wer zwei Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat.“ Leider handelten die Reichen nicht danach, ja nicht einmal die staatlich approbierten Verkünder des Christentums, die Pfaffen! Wenn unsere Kapitalisten diese und ähnliche Stellen der Bibel beherzigen würden, so hätten wir nicht nötig, uns in Organisationen zusammenzuschließen und den Kapitalismus zu bekämpfen, um bessere Zustände als die heutigen herbeizuführen!

Sehen so die modernen Scheinchristen unter den Herrschenden und Besitzenden sich selbst über die Lehren der Bibel mit Eleganz hinweg, so verlangen sie andererseits von der Arbeiterschaft unentwegten Glauben. Es paßt ihnen ja so recht in ihrem Dрам, die Enterebten des Glücks für die Not und Entbehrungen dieses Lebens jederzeit auf das „Wollenkuckuckheim“ vertrösten zu können, damit sie selbst desto ungeschmälerter das Diesseits genießen!

Aber die Arbeiterschaft weiß, daß der Mensch, ganz gleich, ob arm oder reich, ob hoch oder niedrig,

ob gut oder böse, genau so entsteht und vergeht wie alles andere Irdische. Sie setzt alles daran, um sich ein besseres Diesseits zu verschaffen. Da dies aber dem Einzelnen nicht möglich ist und nur durch den Zusammenbruch aller Proletarier zu machtvollen Organisationen erreicht werden kann, so hat auch die arbeitende Jugend hier ihren Weg klar vorgezeichnet! Weg mit den christlichen Jünglingsvereinen, welche von den Kapitalisten mit Geld unterstützt werden (damit der Arbeiternachwuchs desto sicherer in der Dummheit erhalten bleibe!), welche nicht aufbegehren gegen den Kapitalismus, der doch die heutigen elenden Zustände verschuldet hat! Der junge Arbeiter, die junge Arbeiterin müssen immer mehr davon durchdrungen werden, daß es für sie nur ein Ziel gibt, den Ausschluß an die freien Gewerkschaften!

Von einer Diskussion über diese mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen abgesehen.

Hierauf fand die Neuwahl der Abteilungsleitung statt.

Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten wurde dann die imposante Versammlung geschlossen!

Ueber die Monatsversammlung der Abteilung Süd-Osten vom 8. März cr. ist zu berichten:

Kollege Drabinski sprach über die Generalversammlung der Jugendlichen und ging auch auf die unterhaltenden und belehrenden Veranstaltungen des Bildungsausschusses von Groß-Berlin näher ein, welche leider seitens der Jugendlichen noch nicht so gut besucht würden, als man es im Interesse der Sache wünschen könnte.

Hieran knüpfte sich eine sehr lebhaft diskutierte, im Verlaufe welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammelten sind mit den Ausführungen des Kollegen Drabinski im Prinzip einverstanden. Jedoch wünschen sie, daß auch in den Monatsversammlungen regelmäßig Vorträge gehalten werden, weil viele Kollegen die Veranstaltungen des Bildungsausschusses der großen Entfernung vom Wohnort wegen nicht immer besuchen.“

Ferner erblickten die Versammelten ihre Hauptaufgabe in der Agitation unter den Berufskollegen, welcher sie aber in den öffentlichen Veranstaltungen des Bildungsausschusses nicht nachkommen können und wozu ihnen die in obigem Sinne geforderten internen Monatszusammenkünfte eine bessere Handhabe bieten.“

Obwohl man die Versammlung schloß, wurden noch eine Nachpartie und ein gemütliches Beisammensein vereinbart.

Transportarbeiter.

Berlin. Die Kollegen Möbeltransportarbeiter und Kutscher der Firma Schloßlin traten am Freitag, den 19. März in einen Abwehrstreik. Bei der letzten Lohnbewegung im Jahre 1907 wurde seitens unseres Verbandes mit genannter Firma ein Lohnvertrag vereinbart. Die Gültigkeitsdauer des Tarifs war bis zum 15. März 1909 festgelegt. Außerdem war bestimmt, daß, falls keine Kündigung von keiner Seite erfolgt, der Tarif auf ein weiteres Jahr zu gelten hat. Obgleich nun von keiner Seite eine Kündigung erfolgt war, versuchte der Inhaber der Firma, Herr Meseritzer, den nichtständigen Arbeitern (den Saisonarbeitern), den im Tarif vorgesehenen Lohn von 5,50 Mark und 6 Mt. pro Tag während der Anzugezeit vom 15. März bis 4. April zu kürzen. Herr Meseritzer ließ am 14. März Vertreter des Verbandes zu sich kommen und stellte an diese das Ansuchen, sie möchten sich damit einverstanden erklären, daß er den nichtständigen Arbeitern, welche er jetzt wie alle Jahre zum Anzug eingestellt habe, auch während dieser kurzen Zeit nur den sonst üblichen Lohn von 4,50 Mt. pro Tag zahle. Dagegen würde er den 5 Arbeitern, welche er schon länger, wenn auch wohl mit täglicher Entlohnung beschäftigte, die im Tarif vorgesehenen Löhne zahlen. Bei dieser Unterredung wurde bekannt, daß Herr Meseritzer seinen Kutschern den im Tarif vorgesehenen Lohn von 27 Mt. pro Woche schon seit im Sommer 1907 nicht mehr zahlt, sondern nur 25 Mt. pro Woche. Dieser Tarifverletzung, auf welche die Vertreter besonders hinwiesen, versuchte Herr Meseritzer damit zu begegnen, daß sich dieser Lohnsatz nur auf geübte Möbelkutscher beziehen soll, er aber beschäftige nicht einen solchen Kutscher; seine Kutscher seien nur gewöhnliche Kutscher, welche alle Augenblicke ihre Stellung wechselten. Die Verbandsvertreter nahmen hierbei Gelegenheit, offen ihre Meinung dem Herrn Meseritzer gegenüber dahin zum Ausdruck zu bringen, daß der veltliche Wechsel mit seinen Kutschern auf die Entlohnung zurückzuführen sei; wenn er den im Tarif vorgesehenen Lohn für Kutscher zahlen würde, würde der ständige Wechsel mit seinen Leuten auch aufhören. Außerdem liege in dieser Hinsicht ein Tarifbruch vor. Weiter erklärten die Vertreter Herrn Meseritzer, daß sie gar nicht einsehen könnten, daß den Arbeitern jetzt während des kurzen Geschäftsjahres Lohnabzüge gemacht werden sollten, zumal die Kollegen vom frühen Morgen bis in die finstere Nacht beschäftigt würden; auch besthe der Vertrag noch zu Recht. Herr Meseritzer war über diese Entgegnung sehr ungehalten und meinte, daß er, wenn er diese Löhne zahlen müßte, nicht konkurrenzfähig gegenüber den größeren Firmen bleiben könne. „Dann sollten Sie sich hier an meine Stelle setzen. Sie würden die Hofen verlieren.“ Nachdem Herr Meseritzer seitens eines Vertreters eine schlagfertige Antwort erteilt, wurde ihm weiter erklärt,

daß es notwendig sei, über diese Frage seine Arbeiter selbst zu hören.

In einer darauf abgehaltenen Betriebsversammlung wurde das Ansuchen des Unternehmers strikte abgelehnt und Herr Meseritzer durch eine Kommission der Arbeiter von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Trotzdem versuchte Herr Meseritzer, seinen Willen durchzusetzen, indem er sich darauf berief, daß er jetzt genug Leute für 4,50 Mt. pro Tag bekomme. Darauf legten die Arbeiter, 21 Mann, kurz entschlossen die Arbeit nieder. Da es den Streikenden gelang, alle sich meldenden Arbeiter von der Ausnahme der Arbeit abzuhalten, erklärte sich der Herr nach 1 1/2 stündigem Streik bereit, die im Tarif vorgesehenen Löhne weiterzuzahlen. Die Arbeit wurde dann sofort wieder aufgenommen.

Es wäre nur dringend zu wünschen, daß sich unsere Kollegen Möbeltransportarbeiter, besonders in den größeren Betrieben, einig sind, dann können nicht nur die Mißstände beseitigt, sondern auch die Lohnverhältnisse einheitlich geregelt werden.

Mitteilungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3, Absatz 7a des Verbandsstatuts das Mitglied Dettinger, Ludwig, Spt.-Nr. 238 006 der Verwaltungsstelle Dortmund.

Das Mitglied Gille, Georg, Spt.-Nr. 252 688, der Verwaltungsstelle Freiburg i. B., eingetreten daselbst am 29. August 1908, ist von Freiburg i. B. abgereist, ohne bestimmte Verpflichtungen der Ortsverwaltung bzw. dem Verbande gegenüber zu erfüllen. Wir eruchen die Verbandsfunktionäre, auf den Gille ein wachames Auge zu haben und uns dessen Adresse, falls sie bekannt ist, sofort zu übermitteln.

Dem Kollegen Naef, Wilhelm, Spt.-Nr. 6664, der Verwaltungsstelle Berlin II, eingetreten am 12. Mai 1905, ist sein Mitgliedsbuch am 27. März d. J. gestohlen worden. Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Strobanzki, Th., Spt.-Nr. 305 710, der Verwaltungsstelle Stendal, eingetreten daselbst am 10. Februar 1906.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Erklärung.

Als verantwortlicher Redakteur des Couriers erkläre ich hiermit mein Bedauern, in Nr. 44 des 12. Jahrganges dieser Zeitschrift vom 1. November 1908 eine Zuschrift aufgenommen zu haben, in welcher Anschuldigungen gegen die Möbeltransportgeschäfte enthalten sind, die den Tatsachen nicht entsprechen und durch welche die Firma Paul Schur sich beletztigt fühlt.

Ich bin durch das Ergebnis der Beweisaufnahme in der von Herrn Paul Schur gegen mich angestregten Privatklage überzeugt worden, daß die in der Zuschrift enthaltenen Anschuldigungen der Firma Paul Schur gegenüber nicht gerechtfertigt sind.

Emil Nibel.

Bekanntmachung.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 27. März 1909 in Hamburg eine Sitzung ab.

Teilnehmer waren die ordentlichen Mitglieder des Tarifamtes M. v. Elm, H. Dreher, H. Lotz und D. Allmann, ferner mit beratender Stimme als Vertreter der Genossenschaften Heinrich Kaufmann, als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Bauer.

Das Tarifamt behandelte zunächst eine Revision der Grundzüge für die Tätigkeit des Tarifamtes die den zuständigen Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Zur Entscheidung lag eine kleine Anzahl von Fällen vor, die von keinem allgemeinen Interesse sind. In einem Falle wurde folgender prinzipieller Beschluß gefaßt:

„Wenn ein im Wochenlohn stehender Arbeiter mit Erlaubnis des Vorstandes oder dessen Stellvertreter fürzere Zeit von der Arbeit fortbleibt und ihm nicht erklärt wird, daß dafür ein entsprechender Abzug vom Lohn gemacht wird, so darf ein solcher Abzug nicht gemacht werden. Wird die veräumte Arbeitszeit anderweitig entschädigt, so darf auch ohne oben vorgesehene Erklärung ein Abzug vom Lohn gemacht werden.“

gez.: M. v. Elm, H. Dreher.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nibel, Lichtenberg, Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Zur Lohnbewegung der Last- und Speditionskutscher in Dresden.

Nachdem die erste Tarifvorlage von einer stark besuchten Versammlung der organisierten Schwerfutscher abgelehnt worden war, hat die Lohnkommission mit der Verbandsleitung neue Verhandlungen mit der Fuhrherren-Vereinigung anzubahnen versucht. Die Arbeitgeber aber glaubten weitere Verhandlungen abzulehnen zu müssen, weil dieselben in Anbetracht der ungünstigen Wirtschaftslage nicht in der Lage wären, weitergehende Zugeständnisse machen zu können. Es wurde aber der Lohnkommission empfohlen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Dazu war bei uns zunächst keine Neigung vorhanden. Es wurden aber von der Verwaltung fünf öffentliche Versammlungen für Last- und Speditionskutscher in den verschiedensten Stadtteilen Dresdens einberufen, um zu beraten, was im Interesse der Kollegen weiter zu geschehen habe. In allen Versammlungen stimmten die zahlreich anwesenden Kollegen den eingebrachten Resolutionen zu, in welchen übereinstimmend erklärt wurde, daß die bisher von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse den Forderungen der Kutscher nicht entsprechen, und daß es im beiderseitigen Interesse liege, wenn nochmalige Verhandlungen zur Regelung der ganzen Lohnangelegenheit zwischen der Lohnkommission und der Fuhrherren-Vereinigung möglichst bald stattfinden würden.

Diese fünf Resolutionen wurden den Arbeitgebern zugestellt und in einem Begleitschreiben seitens der Verbandsleitung nochmals auf den Ernst der ganzen Situation hingewiesen und den Arbeitgebern nahegelegt, im Interesse des gewerblichen Friedens den Arbeitern etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen. Wenige Tage darauf fand zwischen zwei Vertretern der Fuhrherren-Vereinigung und unseren beiden Bevollmächtigten eine unverbindliche Aussprache statt, bei welcher Gelegenheit alle auf die Lohnbewegung Bezug nehmenden Fragen ventiliert wurden. Schließlich kamen in der Lohnfrage neue Vereinbarungen zu Stande, welche aber noch der Zustimmung des Arbeitgeber-Ausschusses und unserer Lohnkommission und Ortsverwaltung bedurften.

Diese neuen Vorschläge wurden den beiden letztgenannten Korporationen zur Beratung unterbreitet. Nach längeren eingehenden Verhandlungen wurde beschlossen, dem am 25. März stattfindenden Branchenversammlung der Schwerfutscher zu empfehlen, die erheblich verbesserte Tarifvorlage anzunehmen.

In dieser Versammlung, zu welcher nur organisierte Kollegen aus den Innungsbetrieben Zutritt hatten, gab der Bevollmächtigte in kurzen Umrissen einen Überblick von dem ganzen Verlauf der Lohnbewegung und verwies auf die verschiedenen Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich bei dieser Bewegung uns in den Weg gestellt hatten. Der Ablauf des Tarifs fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, der sich auch im gesamten Fuhrgewerbe sehr unangenehm fühlbar machte. Darauf war zum Teil die ablehnende Haltung der Fuhrunternehmer zurückzuführen. Auch unsere Kollegen tragen einen erheblichen Teil Schuld, wenn die Arbeitgeber nur wenig Entgegenkommen zeigten, denn die Beteiligung an den beiden ersten Versammlungen während der Bewegung ließ manches zu wünschen übrig. Erst nach Ablehnung unserer ursprünglichen Forderungen und in den fünf Versammlungen kam richtiges Leben unter die Kollegen.

Wenn nun die Unternehmer doch noch in der Lohnfrage weitere Zugeständnisse gemacht haben, so haben sie wohl an der Haltung unserer Kollegen Kutscher gesehen, daß es denselben sehr ernst mit ihren Forderungen war. Die jetzige Vorlage, soweit der Lohn in Frage kommt, weist doch erhebliche Verbesserungen gegenüber den ersten Vorschlägen auf.

Die Ortsverwaltung und die Lohnkommission sind deshalb zu dem Beschluß gelangt, der heutigen Versammlung zu empfehlen, der ganzen Vorlage zustimmen zu wollen.

Ueber diesen Bericht entspann sich eine sehr rege Debatte. Verschiedene Redner erklärten ihr Einverständnis mit der Lohnkommission und empfahlen die Annahme der abgeänderten Vorlage. Mehrere andere Kollegen waren damit nicht einverstanden, da die Zugeständnisse immer noch zu gering wären und auch der Staffellohn nicht gefallen sei. Einzelne Redner empfahlen den Streik, da in Dresden auch mal zu anderen und schärferen Mitteln gegriffen werden müsse.

Vorher der Lohnkommission wird erklärt, daß von einem Staffellohn, wie er bisher bestanden hat, gar keine Rede mehr sein kann, auch die Tarifdauer von 3 Jahren habe nichts Nacheiliges für uns, da der Lohn sich im 2. und 3. Jahre der Vertragsdauer erhöht. In Zukunft besteht im hiesigen Fuhrgewerbe nur noch ein Anfangslohn und ein Höchstlohn. Auch die anderen Bestimmungen in der Tarifvorlage bringen teilweise recht erhebliche Verbesserungen. Nur in der Arbeitszeit ist keine Verbesserung eingetreten.

Wenn man aber den ganzen Tarif betrachtet und mit Ruhe an die Berechnung der einzelnen Positionen herantritt, so werde man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen sich doch um ein Erhebliches gebessert haben.

Nachdem noch das Für und Wider lebhaft erörtert worden war, wurde die Abstimmung über den ganzen Tarif vorgenommen. Es wurde per Stimmzettel abgestimmt. Das Resultat wurde unter großer Spannung der Versammlung bekannt gegeben.

Es stimmten für die Vorlage 173 Kollegen; gegen dieselbe 75. Damit war der Tarif angenommen.

Mehrere Kollegen forderten nun zum festen Zusammenhalt in der Organisation auf, auch diejenigen Kollegen, welche gegen die Vorlage stimmten, mögen in Zukunft fest zur Fahne stehen, denn dadurch werde nicht nur das Errungene hochgehalten, sondern es werde später weiteres zu erreichen möglich sein.

Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben hatte, daß der neue Tarif sobald als möglich gedruckt in die Hände der organisierten Kollegen gelangen werde, erfolgte Schluß der starkbesuchten Versammlung. Wir bringen den Tarif in seiner jetzigen Gestalt hier zum Abdruck:

Lohnregelungs-Vertrag für die Last- und Speditionskutscher in Dresden u. Umg. Vertragsbestimmungen.

A. Die nachstehenden Abmachungen beziehen sich auf vollwertige Last- und Speditionskutscher im Alter von mindestens 19 Jahren. Rentenempfänger gelten nicht als vollwertig.

B. Dauer des Vertrages.

Der Vertrag ist geschlossen worden auf die Zeit vom 1. April 1909 bis 15. März 1912. Nach Ablauf dieser Zeit läuft derselbe stillschweigend immer ein Jahr weiter, falls nicht vorher eine Aufkündigung von einer Seite erfolgt ist. Die Kündigung ist eine vierteljährliche und hat spätestens am 15. Dezember zu erfolgen dergestalt, daß sie bis mittags 12 Uhr der Gegenpartei zugestellt sein muß.

C. Regelung des Lohnes.

1. Der Anfangslohn für Speditionskutscher wird für die Zeit vom 1. April 1909 bis 15. März 1910 auf 22 Mt., für die Zeit vom 16. März 1910 bis 15. März 1911 auf 22,50 Mt., für die Zeit vom 16. März 1911 bis 15. März 1912 auf 23 Mt. pro Woche festgesetzt.

2. Der Lohn erhöht sich für ununterbrochene Dienstzeit in ein und demselben Betriebe nach einem halben Jahre um 1 Mt. — also: für die Zeit vom 1. April 1909 bis 15. März 1910 auf 23 Mt., für die Zeit vom 16. März 1910 bis 15. März 1911 auf 23,50 Mt., für die Zeit vom 16. März 1911 bis 15. März 1912 auf 24 Mt. pro Woche.

Diese Vereinbarung erhält rückwirkende Kraft; etwa bisher bezahlte höhere Sätze werden davon nicht berührt.

Die während der Vertragsdauer alljährlich am 15. März vorgesehene allgemeine Lohnerhöhung gilt ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer für alle Last- und Speditionskutscher gleichmäßig.

Die gesetzlichen Abzüge für Krankentasse und Invalidität bleiben bestehen.

3. Die Lohnzahlung soll möglichst Freitag, muß aber spätestens Sonnabends erfolgen und darf keineswegs erst Sonntags stattfinden.

D. Regelung der Arbeitszeit für Last- und Speditionskutscher.

1. Der Dienst beginnt in der Regel früh 5 Uhr. Der Ruhedienst, d. h. der Dienst vom Ausrücken der Geschirre bis zum Einrücken derselben, umfasst 14 Stunden, einschließlich der Frühstück-, Mittags- und Vesperzeit, welche insgesamt zwei Stunden nicht überschreiten darf.

2. Der Ruhedienst soll in der Regel früh 6 Uhr beginnen und spätestens abends 8 Uhr beendet sein. Es gilt als vereinbart, daß die Kutscher nicht unnötig abends in den Betrieben zurückgehalten werden dürfen, insbesondere nicht wegen Futterausgabe oder sonstigen vermeintbaren Gründen. Es bleibt aber dem Arbeitgeber vorbehalten, die Dienststunden anderweit zu verlegen, sobald dies die besonderen Verhältnisse seines Betriebes erfordern. Eine Verlängerung der Dienstzeit selbst darf hierdurch nicht erfolgen.

3. Die Pausen sind da abzuhalten, wo die Kutscher sich gerade befinden. Nach 5 Uhr abends sollen keine Pausen mehr gemacht werden. Die Pflicht der Kutscher zur Ueberwachung ihrer Fuhrwerke während der Pausen wird durch diese Bestimmung nicht berührt.

4. Den Last- und Speditionskutschern sind in der Regel solche Aufträge zu erteilen, welche voraussichtlich bis 8 Uhr abends erledigt werden können. Stellt sich indes nach Erteilung eines Auftrages heraus, daß er wider Erwarten bis 8 Uhr abends Erledigung nicht finden konnte, so muß er in jedem Falle vollständig ausgeführt werden, ohne daß Ueberstunden zu bezahlen sind.

5. Werden Aufträge den Last- und Speditionskutschern erteilt, deren Erledigung bis 8 Uhr abends an sich außerhalb der Möglichkeit liegt, so ist die über 8 Uhr hinausgehende Arbeitszeit mit 50 Pf. pro Stunde zu vergüten. Angefangene Stunden werden mit mindestens 25 Pf. bezahlt. Bei der Berechnung der Ueberstunden wird eventuell die verkürzte Dienstzeit des nächsten Wertages in Berücksichtigung gezogen.

6. Die Sonn- und Feiertagsarbeiten, welche sich nur auf die gewöhnlichen Obliegenheiten des Stalldienstes, wie z. B. Füttern, Putzen und sonstige Pflege der Pferde, die Ständefütterung und das Geschirreinigen und -Schmieren erstrecken, sollen auf drei Stunden beschränkt, die Festsetzung der Zeit aber jedem Betriebe überlassen werden.

Zur Besorgung des gesamten Stalldienstes an den Abenden der Spin- und Festtage sollen nicht mehr als höchstens die Hälfte der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Kutscher herangezogen werden.

Die Kutscher erhalten im Jahre insgesamt zwölf vollständig freie Sonntage, an welchen sie also auch von den unter D Nr. 6 festgesetzten Sonntagsarbeiten befreit sein sollen. Voraussetzung ist dabei, daß die

ihnen obliegenden Arbeiten von den übrigen diensttuenden Kutschern ohne Entgelt mit übernommen werden.

Für Sonntags-Fahrdienst mit schweren Geschirren wird

für den ganzen Tag	4 Mt.
" " halben "	2 "
" " viertel "	1 "

gewährt. Für Gesellschafts-Omnibusfahrten während des ganzen Tages werden 6 Mt. an Lohn gezahlt. 7. Silbutfahren an Sonntagen wird mit 1,50 Mt. vergütet.

Allgemeine Bedingungen.

Soweit nicht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Kündigung besonders vereinbart ist, besteht eine solche beiderseits nicht.

Dresden, den 23. März 1909.
Fuhrherren-Vereinigung zu Dresden.
Vorsitzender: Curt Wähler. Schriftführer: B. Kirsch.

Der Arbeitgeber-Ausschuss: Unterschriften.
Der Arbeitnehmer-Ausschuss: Unterschriften.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Dresden.
Albert Bergmann. Max Richter. Bruno Schiller.

Der blamierte „Deutscher Apotheker-Verein“ oder die verunglückte gelbe Vereinsgründung.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Apotheken, Drogen- und Parfümeriegeschäften sind die denkbar miserabelsten. Obwohl die Unternehmer mehr wie die anderer Branchen den durch die Arbeiter geschafften Mehrwert einsacken, fällt es ihnen gar nicht ein, auch den Arbeiter so zu entlohnen, daß er menschenwürdig leben kann. Zu der langen Arbeitszeit an den Wochentagen kommt noch die regelmäßige Sonntagsarbeit. Es ist dabei weiter nicht zu verwundern, wenn es trotz wiederholter Anläufe wenig gelang, die in dieser Branche tätigen Kollegen zu organisieren. Erst in neuerer Zeit, nachdem sich ein Teil beherzter Kollegen zusammen taten und die Aufklärungsarbeit planmäßig begannen, gelang es, der Organisation auch in diesen Kreisen Einzug zu verschaffen. In einem größeren Betriebe wurde durch Aussprechen vorhandener Mißstände erreicht, daß dieselben abgeschafft und die Vertreter des Verbandes gewählt wurden. Es bestand Aussicht, einen Tarif abzuschließen. Jedoch, nicht nur in den Kreisen der Kollegen wurde es lebendig, sondern auch die Herren Chefs waren es, die augenscheinlich mit wachsendem Interesse die Veränderung bei ihren „Laboranten“ wahrnahmen und alle Vorgänge genau verfolgten. Man scheint sich in der Unternehmerorganisation, dem „Deutschen Apotheker-Verein“ die Köpfe darüber zerbrochen zu haben, wie man der Unbotmäßigkeit der Arbeiter am besten und — billigen bekommen könne. Daß es ein sehr gutes Mittel gibt, die vorhandene Unzufriedenheit zu befriedigen: Erhöhung der miserablen Löhne, ein paar Stunden Arbeitszeitverkürzung und menschenwürdige Behandlung, scheint man wohl zu wissen, hat es jedoch nicht für durchführbar gehalten, weil es an den Geldbeutel geht und die Herren ja noch mehr wie andere Unternehmer mit wirklich außerordentlich geringen Einkünften rechnen müssen. Ja die Aermsten, die in vielen Fällen mit nur 100 Prozent arbeiten, können doch nicht dem Hausdiener womöglich pro Woche 1 Mt. Zulage gewähren! Wo soll das hinführen? Der Stand wird so wie so durch die bösen Krankenkassenvorstände, die dazu vorgehen, bestimmte Heilmittel an ihre Mitglieder direkt zu verabsorgen, immer mehr unterdrückt. Da muß man zu anderen Mitteln seine Zuflucht nehmen. Als beste Lösung des Problems kam ihnen der geniale Gedanke, die Hausdiener vom Eintritt in den Deutschen Transportarbeiter-Verband dadurch abzuhalten, indem man versuchte, sie für einen gelben Verein einzufangen. Nach dem Muster Lebus'scher Vereinsgründungen suchte man ein Objekt, der durch Versprechen sich willig bereit erklärte, „die Sache in die Hand zu nehmen“. Daß er von den „Herren“ in unheimlicher Weise bei diesem schweren Werk unterstützt wurde, versteht sich am Rande. Der arme Herr, Laborant Tilgner und Oberprovisor Röber, beide in der Umland-Apothete, arbeiteten tagaus, tagein gemeinschaftlich an dem großen Werk. Nachdem die „Vorarbeiten“ erledigt, ging man daran, den Interessententanz zu vergrößern. Der „Laborant“ E. ließ sich per Telefon einen beliebigen Hausdiener rufen und ladete den „lieben“ Kollegen ein zu einer Sitzung nach seiner Privatwohnung. Die Ausbeute war nicht allzubelehnders groß, von 40 Eingeladenen waren nur 8 erschienen, aber es genügte, den Verein zu „gründen“ und die Vorstandsposten zu verteilen. Tilgner nahm natürlich für sich in Anspruch, daß er das Amt des 1. Vorsitzenden erhielt. Er konnte in dieser Sitzung bereits die freudige Mitteilung machen, daß der Deutsche Apotheker-Verein dem neuen Verein sehr sympathisch gegenüber stehe und denselben im weitesten Maße unterstützen würde. Ferner teilte er mit, daß jedem Mitgliede des neuen Vereins die „Deutsche Apotheker-Zeitung“ (Unternehmerorgan) gratis geliefert würde. Als ein Zeichen ganz besonderer Wohlwollens teilte er mit, daß Herr Oberapotheker Röber sich bereit erklärt habe, den Ehrenvorsitz zu übernehmen. Obenp bestete die Aussicht, daß auch Herr Dr. Salzmann, der Vorsitzende des Deutschen Apotheker-Vereins, den Posten als Ehrenvorsitzende übernehmen

würde. Herrn Köper wurde dann sofort per Telephon die erfolgte „Gründung“ mitgeteilt und ihm der 2. Vorsitzende vorgestellt! Der Herr gab dann auch seine Freude zu erkennen und geruhte huldvollst, den Posten eines Ehrenvorsitzenden anzunehmen. Der arme „Laborant“ L. jedoch war in Unbetracht seiner neuen Würde als 1. Vorsitzender des „Deutschen Apothekendienenereins“ ganz aus dem Häuschen, wie folgender Brief, den er am nächsten Tage an einen der mitwirkenden Kollegen gerichtet, beweist. — Dieser lautet:

Berlin D. 112.
15. 3. 09

Meinen Gruß zuvor!
Lieber Kollege Wilhelm!

Ich kann es nicht unterlassen, Dir nochmals Dank zu sagen für den gestrigen Sonntag, indem wir einen Grundstein gelegt haben für ein dauernd bleibendes Denkmal für unsere Nachkommen, welche sich diesem Verein anschließen. Lieber Wilhelm, ich habe mich wirklich gefreut, in unsommer wurde ich gestern abend überrascht, es war gegen 1/10 Uhr, da plätschte eine Kapelle von 5 Mann im Hofe, die Portierfrau fragte die Leute für wen das wäre, sie sind von 2 Herren geschickt, und sollten dem 1. Vorsitzenden ein Hoch bringen waren von den schon bezahlte, ich war ganz erstaunt als mir die Leute gratulieren kamen, und heute Montag früh erhielt ich gegen 1/8 ein Telegramm mit dem Wortlaut „Herzlichen Glückwunsch dem Verein“ ohne Namensunterschrift. Lieber Kollege daß sind schon Zeichen der äußeren Anerkennung und daß spornst mich nochmals an wie bisher unerwidelt für die gute Sache zu arbeiten; Alles andere morgen Abend mündlich. Vielleicht bist du so gut und setzt das zu drückende auf damit ich dich nicht zu lange in Anspruch nehme und brüderlich Hand in Hand arbeiten, um dereinst d. Früchte des jungen Vereins mit ernten zu können.

Mit kollegialem brüderlichem Gruß

Dein tr. Freund
Hermann Tilgner
Laborant.

Am folgenden Dienstag fand dann eine weitere „Vorstandssitzung“ statt, in welcher das Manuskript zum Einladungszeitel beraten und beschlossen wurde. Der Zettel hatte folgendes Gesicht:

Unseren Gruß voraus!

Apothekendienenere, Laboranten!

und alle in dieser Branche beschäftigten Kollegen
Große öffentl. Gründungs-Versammlung
am Donnerstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr
im Saale des Herrn Merfowatz (Andreaskarten)
Andreasstr. 26.
Tagesordnung:

- 1) Wollen wir uns einen eigenen Verein gründen? Und warum? Vortragender: Laborant Herrn. Tilgner.
- 2) Diskussion.

Es ist Ehrenpflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.

Der Einberufer, Herrn. Tilgner.
In dieser Zusammenkunft teilte L. folgendes niedliche Geschichtchen mit: Herr Oberapotheker Köper, der spiritus rector der neuen Vereinigung habe in seiner Apotheke einen anderen dort beschäftigten Provisor verprügelt. Bei der Valgeret, an der auch er, L., aktiv Anteil nahm, wurden die auf dem Ladentisch stehenden Waagen demoliert usw. Der andere Herr belam außer der Prügel von Herrn Köper von seinem Chef noch obendrein die Entlassung, und mußte seinen Referatpfefferstock ausziehen! Nachdem der Störenfried entfernt, konnten die Arbeiter nun umso eifriger fortgesetzt werden. Herr Köper schrieb dem Laboranten L. das in der „Gründungsversammlung“ vorzutragende „Referat“ auf. Dieser ging nun mit wahrer Todesberührung daran, seinen Vortrag auswendig zu lernen, um es dann der stammelnden Kollegenschaft vortragen zu können. Die Einladungszeitel und Versammlungszeitel waren in großer Zahl in den einzelnen Apotheken verteilt und wurden durch die Herren Apothekenbesitzer verständnisvoll an die Arbeiter weitergegeben. Einige unserer Verbandskollegen erhielten ebenfalls einen solchen Zettel und ließen es sich natürlich nicht nehmen, der Versammlung mit beizuwohnen. Der Saal war ziemlich gefüllt, als die Versammlung durch ein „Vorstandsmitglied“ eröffnet wurde. Ins Büro wurden drei unserer Kollegen gewählt, denen Herr Köper mit seinem Glas „Gesetz“ vom Vorstandsstisch weichen mußte. Laborant L. begann nun seinen „Vortrag“ — abzulesen. Mitunter machte er auch den kühnen Versuch, vom Blatt aufzusehen und einige vorher einstudierte Phrasen „aus dem Kopf“ aufzusagen. Dabei passierte ihm öfter das Malheur, daß, wenn er weiter las, er das vorher Gesagte noch einmal wiederholte! Aus dem vorgebrachten Gemengel war zu entnehmen, daß es der sehnlichste Wunsch der Unternehmer sei, daß ein Apothekendienenerein gegründet würde. Die „Herren“ würden denselben in jeder Weise unterstützen, die „Deutsche Apotheker-Zeitung“ (Unternehmerorgan) wird jedem Mitglied gratis geliefert. Ferner soll ein Arbeitsnachweis eingerichtet werden. Am Montag sei er zu Herrn Dr. Salzmann, dem Vorsitzenden des „Deutschen Apotheker-Vereins“ zur Audienz, befohlen! worden. Derselbe habe ihm das feste Versprechen gegeben, daß er dem neuen Verein die größtmöglichste Unterstützung wird angebeihen lassen. Ferner habe derselbe geruht, den Posten des 1. Ehrenvorsitzenden anzunehmen. Zum Schluß kamen noch einige hochtönende Phrasen vom herrlichen Bau, der als rechten Eckstein den „Deutschen Apotheker-Verein“ und als linken Eckstein den Verein der konzeptionelleren Herren hat. Er schloß mit der Aufforderung, Herrn Oberapotheker Köper ehrfurchtsvoll zu begrüßen. Herr N.,

fiellich bewegt, dankte mit freudig bebenden Worten für die hohe Ehre, die ihm durch Uebertragung des Ehrenvorsitzes erwiesen sei“ und versprach, im Kreise seiner Kollegen dahin zu wirken, daß dem neuen Verein die weiteste Unterstützung zuteil wird. Er schien jedoch von den Obermännern die Beizung bekommen zu haben, sich auf Wünsche inbezug auf Unterstützung in klingender Münze nicht festzulegen, denn er meinte „man solle sich nicht ganz auf die Herren verlassen, wir! müssen uns einen eigenen Fond schaffen. Wenn wir Schulter an Schulter kämpfen, dann wird es uns gelingen, die Not und das Elend zu lindern. Aber meine Herren, fuhr er fort, wir dürfen nicht wartend werden in Treue zu starrer und Reich, die Fahne schwarz-weiß-rot soll uns vorangehen in unserm schweren Kampfe!“ Ein wahrer Beifallssturm durchdrönte den Saal, als Herr Köper geruht, den derselbe für „echt“ hielt, der von den Anwesenden jedoch nur ironisch gemeint war. Als erster Diskussionsredner sprach ein Verbandskollege, der das Beginnen als gelbe Vereinsgründung brandmarkte, indem er darauf verwies, daß, wenn die Herren ein so großes Interesse für die Hausdiener zeigen wollen, sie dieselben auf die bestehende Sektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes verweisen sollten. Er wie auch ein anderer Kollege forderten die Anwesenden auf, sich nicht für den gelben Verein einzulassen zu lassen, sondern sich dem Verbandskollegen anzuschließen. Außer diesen sprachen noch mehrere unorganisierte Kollegen. Bemerkenswert waren die Ausführungen der Kollegen M. Vogel und Pollmann. Ersterer teilte mit, daß er bereits acht Jahre in einer Apotheke beschäftigt sei; er habe mit 18 M. angefangen und beziehe jetzt einen Wochenlohn von 24 M. Dabei habe sein Chef ihm niemals freiwillig etwas zugelegt, sondern er mußte immer erst „rangehen“. Vor kurzer Zeit hatte er das Malheur, einen Ballon umzustößen, der Chef zieht ihm jetzt jede Woche einen bestimmten Betrag von seinem Lohn ab, obwohl er eine Familie von 4 Kindern habe. Er glaube deshalb, daß die andern Apothekenbesitzer nicht viel besser seien und den Daumen auf denbeutel halten werden, wenn der neue Verein Geld gebraucht. Er ziehe denn doch vor, sich lieber dem Transportarbeiter-Verband anzuschließen. Der andere Kollege schilderte einen ähnlichen Fall. Er habe seinen Chef gebeten, ihm einen Tag frei zu geben, damit er an der Beerdigung seiner Großmutter teilnehmen könne. Dies wurde ihm verweigert. Als er dennoch ging, wurde ihm am Samstagabend der Tag abgezogen. Durch Zuruf aufgefordert, den Namen des humanen Arbeitgebers zu nennen, äußerte er Bedenken, da er dann eventuell morgen „draußen“ liegen würde. Der nun folgende Redner, der Sektionsleiter unseres Verbandes, richtete vorerst an den Laboranten Tilgner die Frage, ob er einen Kriminalbeamten herbestellt habe. L. verneinte dies kategorisch. Ebenso beteuerte Herr Köper, daß dies nicht der Fall. Der Zufall wollte es jedoch, daß einer unserer Kollegen den Herrn von der Demonstration her kannte und ihm auf den Kopf zusagte, daß er Kriminalbeamter sei. Der Herr hatte sich jedoch schlauerweise mit einer rosa Legitimationskarte, wie sie unsere Kollegen Verfahrer führen, ausgerüstet und glaubte nun, gegen jedwede Gefahr, hinausgeworfen zu werden, gefest zu sein; doch, es erreichte ihn dennoch sein Schicksal. Er wurde unter nicht gerade besonders schön klingenden Schmeichelnamen an die frische Luft befördert! Jetzt meldete sich der probitorische 2. Vorsitzende zur Geschäftsordnung zum Wort und teilte mit, daß Tilgner vorhin die Versammlung in ganz gemeiner Weise angelegen habe. Er selbst habe ihm mitgeteilt, daß er einen Kriminalbeamten herbestellt habe. Mit einem Kollegen, der mit der Polizei arbeitet, wolle er nicht länger zusammen sein, lieber trete er ein in den Verband. Der zum ersten Kandidaten bestimmte Kollege gab dieselbe Erklärung ab. Tilgner war bei diesem Vorgang furchtbar schlecht zumute, als er sich als Schwindler entlarvt sah. Dide Schweißtropfen perlten ihm von seiner edlen Denteskinn, als er zugab, die Polizei benachrichtigt zu haben, weil man ihm gesagt habe, daß der Transportarbeiter-Verband durch Gewalttätigkeiten die Sache verhindern wolle! Die Sache habe nun dem Faß den Boden ausgeschlagen und auch den letzten Kollegen überzeugt, daß er sich in einen gelben Verein unter Leitung einer solchen Perle mit Haut und Haaren verkaufen würde. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammelten verpflichten sich, nach den Ausführungen des Laboranten Tilgner und Oberapotheker Köper dem Deutschen Transportarbeiter-Verband beizutreten. Herr Köper selbst stimmte in seiner Aufregung für dieselbe. Der Aufforderung des Versammlungsleiters, die Aufnahmefähigkeit bei ihm abzulesen, kamen zirka 37 Kollegen nach. Ein wahrhaft glorreiches „Geburtsfest“ für die gelben Vereinsgründer! Mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband wurde die Versammlung geschlossen. Traurig zog Herr Köper mit seinem Grobmann Tilgner von dannen. Letzterer hauptsächlich, der am nächsten Morgen wieder zu Dr. Salzmann zur Audienz befohlen war, mochte wohl sein Gehirnschmalz in äußerstem Maße anstrengen, in welcher Weise er am schonendsten den blamablen Reinfall mitteilen könne, ohne als großer Esel gescholten zu werden.

Kollegen! Der erste Versuch der Unternehmer ist dank der gesunden Vernunft der Kollegen mißlungen. Man wird es jedoch nicht dabei bewenden lassen und erneut wagen, die Gründung des gelben Vereins durchzuführen. Der „Deutsche Apotheker-Verein“ wird festhalten an seinem Ziel, einen Teil in unsere junge Bewegung zu treiben. Zeigen wir ihnen, daß in den Reihen der organisierten Arbeiter das Wort „Solidarität“ keine leere Phrase ist. Stehen wir, wie Herr Köper so schön sagte, Schulter an Schulter und

kämpfen wir gemeinsam gegen den „Unverstand der Massen“. Haben wir den Boden für unsere gerechten Bestrebungen empfänglich gemacht, dann werden sich die Unternehmer vergeblich bemühen, die Kollegen zum Eintritt in gelbe Vereine zu verlocken.

Die Zunahme der Unfälle.

In den Verwaltungsberichten der Berufsgenossenschaft für 1907 wird mehrfach auf die Zunahme der Unfälle hingewiesen. Die Erörterung der Ursachen bietet manches Interessante und bestätigt vor allem, daß die seit jeher von uns angegebenen Gründe — steigende Inanspruchnahme der Arbeiter und Verwendung ungewählter, namentlich fremder Arbeiter — die wesentliche Ursache der steigenden Unfallgefahr bezeichnen. So wird z. B. in dem Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft „in erster Linie“ neben der Zunahme der versicherten Personen die fortschreitende Anspannung der Arbeitsstätigkeit, die namentlich in der Akkordarbeit erfolgt, verantwortlich gemacht. Es heißt wörtlich in dem Bericht: „Das Bestreben, einen höheren Akkordlohn zu erzielen, veranlaßt den Arbeiter vielfach, in vorschriftswidriger oder doch unvorsichtiger Weise zu arbeiten, wodurch die Unfallgefahr für ihn selbst wie auch für die Mitarbeiter vergrößert wird. Die Intensivierung der Arbeitsstätigkeit führt weiter zu Ueberstunden, in denen die Arbeiter infolge Abspannung den Betriebsgefahren umso leichter zum Opfer fallen, ferner zur Einstellung ungewählter und ungewählter Arbeiter, die mit den Betriebsgefahren nicht vertraut sind und die damit in neue, ungewohnte Verhältnisse kommen, in denen sie vor Unfällen nicht so sicher sind, wie in den früheren, altgewohnten.“

Hervorgehoben wird ferner die Nichtbeachtung bestehender Verbote, Unvorsichtigkeit und Unterschätzung der Betriebsgefahr durch fremdsprachige Arbeiter. Ueberhaupt falle die zunehmende Verwendung von Ausländern bei der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für die Zunahme der Unfälle sehr ins Gewicht. Wegen der Schwierigkeit der Verständigung mit den inländischen Mitarbeitern und Aufsichtspersonen seien die ausländischen Arbeiter fraglos in höherem Maße ausgesetzt als die inländischen. Achtungsrufe und Warnungsrufer würden von ihnen nicht beachtet, und infolge der schweren Verständigung mit ihnen mache sich in der ersten Zeit auch eine große Unbeholfenheit in der Verrichtung der ihnen zugewiesenen Arbeit bemerkbar. Hierzu komme noch, daß sie vielfach Saisonarbeiter seien, die danach streben, während der Arbeitskampagne einen möglichst hohen Verdienst zu erzielen, von dem sie in der arbeitslosen Zeit in der Heimat zehren. Da sie zudem meist in Akkord arbeiteten, sei die Folge, daß die Schutzvorschriften nicht beachtet würden.

Im Bericht der chemischen Industrie wird als Grund für die im Verhältnis zu der Zahl der Arbeiter steigende Zahl der Unfälle ebenfalls die Einstellung großer Mengen unangebildeter und unangeübter Arbeiter angegeben. Ohne genauere Kenntnis der durch den Betrieb bedingten Gefahren würden sie leicht ein Opfer ihrer Unvorsichtigkeit. Andererseits trete eine Steigerung der Betriebsgefahr auch dadurch ein, daß „der Mangel an Arbeitern dazu führe, die Arbeitszeit nach Möglichkeit durch angespannte Tätigkeit auszunutzen und über das normale Maß auszu dehnen.“

Auch die Hamburgische Baugewerkschaft führt die große Zahl der Unfälle auf das hastige und flüchtige Treiben, welches teilweise die Akkordarbeit bedingt, zurück. Andererseits führt sie auch als Ursache an die Richtigkeit der Arbeiter, welche über Steinbroden stolpern, von guten und festen Gerüstleitern abgleiten, Handwerkzeuge und Material fallen lassen und Schutzvorrichtungen einfach nicht gebrauchen wollen.

Wir brauchen uns auf eine Kritik solcher, vielfach auch in verklärter Form den Arbeitern gemachter Vorwürfe nicht einzulassen. Gewiß ist es notwendig, die Arbeiter immer wieder auf die besondere Vorsicht, die gerade die kapitalistische Arbeitshöhe ihnen zur Notwendigkeit macht, hinzuweisen, um die Gefahren des Betriebes nicht noch durch die vermeidbaren der eigenen Nachlässigkeit zu vermehren. In der Hauptsache aber werden diese Vorwürfe seitens der kapitalistischen Berufsgenossenschaften erhoben, um die Aufmerksamkeit abzulenken von der Tatsache, daß im wesentlichen durch die immer intensiver werdende Betriebsweise und die Einstellung billigerer fremder Arbeiter die Unfallhäufigkeit steigt.

Für die Arbeiter sind diese Berichte besonders wertvoll. Enthalten sie doch manches stichhaltige Argument für unsere Forderungen der Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Akkordarbeit und Berücksichtigung der eingearbeiteten einheimischen Arbeiter.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Alfeld a. L. Am Sonntag, den 14. März, fand hierjebst eine öffentliche Transportarbeiterversammlung statt. Der Gausleiter sprach über: Wer vertritt die Interessen der Transportarbeiter. In einem etwa 1 stündigen Referat führte der Redner den Anwesenden vor Augen, in welcher Weise unsere Organisation die Interessen der Transportarbeiter vertritt. Infolge der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien die Transportarbeiter gezwungen, durch den Zusammenschluß sich bessere Verhältnisse zu schaffen. Redner schilderte dann weiter die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und das Werden der Organisation. An der Hand einiger Zahlen zeigte er den Entwicklungsgang unseres Verbandes und bewies

weiter, daß nur der Deutsche Transportarbeiter-Verband die allein richtige Vertretung der Interessen der Transportarbeiter sein kann. Hedner ging dann des weiteren auf die örtlichen Verhältnisse ein und bewies damit, daß auch die Alfelder Transportarbeiter endlich aus ihrem Schlafe aufwachen und durch den Zusammenschluß ihre Lebenslage verbessern müßten. Der Beifall bewies, daß der Referent den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte.

In der Diskussion wurden die Ausführungen, soweit sie sich mit den örtlichen Verhältnissen befaßten, noch vervollständigt. So wurde festgestellt, daß bei der Firma Bannasch (früher Oppenheim) der Lohn der Arbeiter innerhalb Jahresfrist von 20,50 Mk. auf 18,50 Mk. und für die in Kost und Logis befindlichen Arbeiter von 9 auf 8 Mk. heruntergesetzt worden ist. Während der Lohn für Arbeiter im Tagelohn früher 3,50 Mk. betrug, wurde er zuerst auf 3 Mk. und jetzt auf 2,75 Mk. heruntergesetzt. Für das Abladen von Kohlen wurden früher 2 Mk. und jetzt 1,50 und 1,40 Mk. pro Ladung bezahlt. Man sieht also, daß die Unternehmer die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges benutzen, für sich Vorteile herauszuholen. Der in Kost und Logis befindliche Arbeiter hat 10 Pferde zu füttern und eine Arbeitszeit von 4 Uhr morgens bis 9 ja 10 Uhr abends, außerdem muß er auch Sonntag für Sonntag tätig sein, und hierfür bekommt er den horrenden Lohn von 8 Mk. wöchentlich. Der ihm angewiesene Schlafraum spottet jeder Beschreibung. Der Kollege hat nicht etwa eine eigene Kammer, sondern unter der Decke direkt im Pferdestall befindet sich ein sogenannter „Stübler-Bierr“, der als Schlafstätte dient. Es ist geradezu ein Skandal, daß im Zeitalter des Fortschritts noch solche Zustände herrschen. Ähnlich wie hier liegen die Verhältnisse auch in den anderen Betrieben.

Eublich scheint es aber auch in den Köpfen unserer Kollegen etwas heller zu werden; es ließen sich soviel Kollegen aufnehmen, daß sofort zur Gründung einer Zählstelle geschritten werden konnte.

Zum Bevollmächtigten wurde der Kollege Heinrich Webeding, Straße 14, zum Kassierer der Kollege Karl Borchering, Straße 14, als Schriftführer der Kollege Ernst Färber, Ständehausstr. 10 und als Beisitzer die Kollegen Stabus, Müllig und Hille gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen jeden 2. Sonntag im Monat, nachmittags 3 1/2 Uhr im „Bereinsbause“ abzuhalten.

Nachdem dann noch einige Anfragen erledigt wurden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Kollegen in Alfeld und Umgegend! Der erste Schritt zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist getan. Jetzt gilt es mit allen Kräften dieses Ziel zu erreichen. Das kann jedoch nur geschehen, wenn ein jeder Kollege an diesem Werke mitarbeitet. Groß ist die Zahl derjenigen, die uns noch fernstehen. Diese zu gewinnen muß unsere nächste Aufgabe sein. Wir dürfen keine Mühe, keine Arbeit scheuen. Frisch ans Werk, Kollegen, und unsere Arbeit wird von Erfolg sein.

Baut. Am Sonntag den 7. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurde die Wahlkreis-einteilung zur Verbandsgeneralversammlung besprochen. Sämtliche Kollegen, die hierzu sprachen, waren der Ansicht, daß den kleineren Zählstellen in unserem Gau die Möglichkeit genommen wäre, aus ihrer Mitte Delegierte entsenden zu können, weil in unserem Gau nur ein Wahlvorort vorgesehen wäre und zwar Bremen. Für unseren Gau sind 6 Delegierte vorgesehen, Bremen hätte aber nur 2000 Mitglieder und hätte somit nur Anspruch auf 4 Delegierte. Es wäre den Bremer Kollegen aber ein Leichtes, alle 6 Delegierte aus ihrer Verwaltungsstelle durchzubringen. Es könne aber nicht Absicht des Zentralvorstandes sein, die anderen Zählstellen in unserem Gau von der Beteiligung an der Generalversammlung auszuschließen. Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung, Schritte bei dem Zentralvorstand zu unternehmen, daß eine andere Einteilung in unsern Gau vorgenommen würde und zwar nach der Richtung, wie es in den Jahren vorher geschehen ist. Es wurde dann folgende Resolution eingebracht: „Die heute den 7. März tagende Mitgliederversammlung protestiert entsprechend gegen die Einteilung der Wahlkreise zur Verbandsgeneralversammlung durch den Zentralvorstand. Dadurch, daß der ganze Gau 12 in einen Wahlkreis zusammengefaßt ist, ist es der übrigen Mitgliedschaft unmöglich gemacht, Delegierte aus ihrer Mitte zu entsenden und müssen wir dieses als Benachteiligung ansehen. Die Versammlung ersucht den Vorstand, eine andere Einteilung vorzunehmen, wie es in den früheren Jahren geschehen ist.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In einer anderen Sache wurde allgemein bemängelt, daß aus einigen großen Betrieben die Kollegen in der letzten Zeit die Versammlungen nicht besuchen. Es wurde dann noch darauf hingewiesen, daß persönliche Zwistigkeiten kein Grund wären, die Organisationsbestrebungen zu vernachlässigen.

Baut-Wilhelmsbaven. Am Sonntag, den 14. März, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Nach der Bekanntgabe des Zentralvorstandes entfällt auf die hiesige Zählstelle ein Delegierter. Betreffs Änderung des Verbandsstatuts wurden einige Anträge angenommen. Von auswärtig kommende Möbeltransportarbeiter sollen auf ihre Verbandszugehörigkeit kontrolliert werden. Zu der Frage des Lohntarifes soll eine öffentliche Versammlung Stellung nehmen und eine Kommission gewählt werden. Dann wurde der Kartellbericht entgegengenommen. Als Delegierter wurde Kollege Kollschon aufgestellt und nach Erledigung einiger Internas die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 15. März fand eine Versammlung der Kollegen aus der Apotheken-, Drogen-, Chemikalien-, Farben-, Parfümerie- und Seifenbranche statt, in welcher ein Kollege über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung“ sprach. Der Redner schilderte eingehend die Gründung der Organisationen, wie sie stets von den Regierungen aller Kulturländer bekämpft wurden, aber trotz allen Anfeindungen zur Blüte kamen. England ist das Mutterland der Organisationen; es belegte die organisierten Arbeiter mit schweren Strafen, ebenso auch Frankreich. In Preußen war bis 1862 jede Organisation verboten; dagegen hatten es die Unternehmer besser, ihnen wurden bei Vereinsgründungen seitens der Regierungen keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Die modernen Arbeiterorganisationen sind so ausgebaut, daß sie auch den Arbeiter bei Krankheit und Arbeitslosigkeit unterstützen, auch eine Zeitung liefern, die den Arbeiter nach jeder Richtung hin aufklärt. Zum Schluß wies Hedner noch hin auf die Arbeiterpresse und die politische Organisation und ermahnte die Kollegen, treu zu der Organisation zu halten und immer neue Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen.

Der Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. In der nachfolgenden Diskussion waren sich sämtliche Redner darin mit dem einig, was der Vortragende gesagt hatte. Es wurde von einigen Kollegen noch angeführt, daß gerade in dieser Branche noch große Mißstände vor-handen sind und die Unternehmer bei den enormen Gewinnen bessere Löhne zahlen könnten. Zum Schluß richtete der Sektionsleiter noch einige anfeuernde Worte an die Anwesenden, um das zu beherzigen, was der Redner und die Diskussionsredner angeführt hätten. Es ließen sich 9 Kollegen aufnehmen.

Dresden. Die Verwaltungsstelle hielt am 17. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche sich mit der bevorstehenden Generalversammlung in München beschäftigte. Der Bevollmächtigte geht auf die Tagesordnung des Verbandstages näher ein und bespricht die verschiedenen Punkte derselben. Er weist darauf hin, daß einzelne Tagesordnungspunkte lebhaft: Erörterungen hervorrufen werden und daß die Delegierten ein reiches Arbeitspensum zu erledigen haben werden.

Nach unwesentlicher Debatte wurden die eingegangenen Anträge zur Beratung gestellt.

Folgende Anträge gelangten zur Annahme:

1. Die Generalversammlung in München beschließt, die jetzige Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird in eine Erwerbslosen-Unterstützung umgewandelt.
2. Dem Rechtschutz-Reglement soll im § 4 angefügt werden: „Der weitere Rechtschutz wird auch in solchen Fällen versagt, wenn während der Führung eines längeren Prozesses das betreffende Mitglied Beiträge nicht mehr entrichtet bezw. seine Mitgliedschaft vernachlässigt hat.“
3. Neuzutretende Mitglieder erhalten eine Mitgliedskarte, welche nach einjähriger Mitgliedschaft durch das Quittungsbuch ersetzt wird. Die Jahres-zahlen in den Quittungsrubriken sollen wegfallen.
4. Als Delegierte zur Generalversammlung können nur solche Mitglieder gewählt werden, welche drei Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sind.
5. Verwaltungsstellen mit mehreren Beamten dürfen nur einen derselben zur Generalversammlung delegieren.
6. Der Vorstand wird beauftragt, die Übernahme von Beamten aus anderen Verbänden zu unterlassen, wenn nicht von den Mitgliedern einer Verwaltungsstelle direkt der Wunsch dazu geäußert wird.
7. Der Vorstand wird erneut ersucht, die Verschmelzung aller im Transportgewerbe vorhandenen Verbände zu einer Einheitsorganisation zu fördern.
8. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge einen Bescheidewort in Reichstags, welcher eine einheitliche Regelung der Straßenverkehrsordnung für das ganze Reich vorzieht.
9. Anstellung von Aufsichtspersonen aus den Reihen der Transportarbeiter analog den Gewerbe-inspektoren, welche alle Transportmittel sowie die Betriebe (Aufenthaltsräume etc.) zu kontrollieren haben.

Ebenso fand eine Resolution Annahme, welche eine schärfere Bekämpfung des Alkoholsismus vonseiten unserer Verwaltungsstellen fordert.

Hierauf wurden die Kandidaten zur Delegiertenwahl aufgestellt. Es wurde beschlossen, nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes zu verfahren und die doppelte Zahl der zu wählenden Delegierten auf die Liste zu stellen. Folgende Mitglieder wurden als Kandidaten aufgestellt: Schiller, Panoscha, Hamann, Jäpel, Herbst, Schöne, Möller, Fischer, Gedlich, Wustmann, Georgi und Werner.

Der Bevollmächtigte machte sodann darauf aufmerksam, daß die Delegiertenwahlen am Sonntag den 18. April in den verschiedenen Bezirken von Dresden und Umgegend stattfinden werden. Die näheren Bekanntmachungen dazu erfolgen in geeigneter Weise.

Nach einigen weiteren Mitteilungen wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Erlangen. Am Sonntag, den 21. März, fand unsere ordentliche Versammlung statt. Die Kollegen Bröll und Hoffmann gaben den Kartellbericht. Mehrere Kollegen sprachen ihre Mißbilligung darüber aus, daß unsere eingesandten Berichte nicht immer im „Courier“ erschienen waren. Unter anderem stellte Kollege Hoffmann den Antrag: „Bei der Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung mögen die kleineren Zählstellen mehr Berücksichtigung finden.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und beschlossen, die der Nürnberger Zählstelle mitzuteilen. Die Versammlung ist der Meinung, daß sich die Kollegen in unserem Wahlbezirk, wenn Nürnberg mit 2, Fürth 1 und Hof mit 1 Delegierten auf der Generalversammlung vertreten sind, recht gut da-

mit abfinden könnten. Von der Aufstellung eines Delegierten unsererseits wurde zu Gunsten des Hof-Kollegen Hunger genommen. Zum Schluß rügte Kollege Hunger immer das Fehlen ein und desselben Kollegen in den Versammlungen. Auch an dieser Stelle möchten wir diese Kollegen ersuchen, doch recht fleißig die Versammlungen zu besuchen.

Freiburg i. Schl. Am Sonntag, den 14. März, fand eine Mitgliederversammlung statt. Zu derselben war ein Kollege aus Breslau erschienen, welcher einen längeren und belehrenden Vortrag über die neue Gesetzgebung hielt. Leider war die Versammlung trotz aller Ermahnung und Agitation nicht so besucht wie erwartet wurde. Es herrscht hier unter den Kollegen eine ziemliche Interesslosigkeit. Hoffentlich genügen diese Zeiten, die schlafenden Kollegen aufzumuntern und anzukütern, besonders jetzt während der Krise die Versammlungen besser zu besuchen. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 18. April, statt, und die Kollegen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Göttingen. Am 21. März fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher ein Kollege aus Berlin über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe referierte. Hedner schilderte die Fortschritte in Orten, wo unsere Kollegen durch die Stärke und Macht der Organisation es verstanden haben, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifabschlüsse mit den Unternehmern zu regeln. Auch in unserem Orte sei neben der Sonntagsruhe noch so manches zu regeln, und die Lohnverhältnisse brauchten der Zeit entsprechende Verbesserungen. Dieses zu erreichen liegt aber nur an den Kollegen selbst. Nur, wenn die Kollegen alle organisiert sind und somit eine geschlossene Masse bilden, können dieselben besseren Zeiten entgegensehen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Der Vorsitzende kritisierte den Besuch der Versammlung, welcher besser sein müßte. So ermüdet die Kollegen von der Tagesarbeit auch seien, müßten sie aber doch einmal ein paar Stunden in Versammlungen ihre Interessen vertreten. Die Gewohnheit, am Bierische zu kritisieren, ist zwecklos und hilft uns nicht weiter.

Um Irrtümer zu vermeiden, wird nochmal auf den mit dem Verband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter abgeschlossenen Kartellvertrag aufmerksam gemacht. Derselbe ist am 5. Juli 1908 im „Courier“ Nr. 27 veröffentlicht. Der Vertrag besagt unter anderem, daß Mitglieder, welche länger als 3 Monate in einem Betriebe tätig sind, für den der andere Verband zuständig ist, haben sich diesem anzuschließen. Die Dauer der Mitgliedschaft im früheren Verband wird ihnen voll angerechnet. Jedoch müssen beim Uebertritt die Mitgliedsbücher in Ordnung und das Mitglied im früheren Verbands abgemeldet sein. Wir fordern nun die als Bau- resp. Erdarbeiter tätigen Kollegen auf, sich dem Bau- und Hilfsarbeiter-Verband anzuschließen.

Sann-Münden. Am Sonntag, den 6. März, fand eine Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Ein Kollege aus Kassel hielt einen Vortrag über: „Lohn- und Arbeitsbedingungen in letzter Zeit“, welcher von den Versammelten mit Beifall aufgenommen wurde. Hedner wies auf Berufsgruppen im Verbands hin, welche es durch festes Zusammenhalten in der Organisation von den aller-traurigsten bis zu den ansehnlichsten Löhnen gebracht haben. Derartige Gruppen müßten sich auch die S.-Mündener Kollegen zum Vorbild nehmen, damit auch am Orte erst einmal für bessere Verhältnisse eingetreten werden könne. Darum müßten die Kollegen so agieren, bis alle Kollegen dem Verband beigetreten sind. Als Kandidaten der Delegierten zur Generalversammlung in München wurden die Kollegen Dehn-Kassel und Goldmann S.-Münden gewählt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß von jetzt ab jeden 1. Sonntag im Monat unsere Mitgliederversammlung stattfindet.

Hirschberg i. Schl. In unserer am 22. März abgehaltenen Versammlung hielt der Gauleiter einen Vortrag über: „Die 6. Generalversammlung und ihre Bedeutung“. Die belehrenden Ausführungen des Redners fanden den Beifall der Versammelten. Des weiteren wurde von einem Redner die Lage eines verunglückten Kutscher der Firma Mai geschildert. Der betreffende Kutscher hatte es bisher, trotz aller Belohnungen, für klug gehalten, der Organisation fern zu stehen. Jetzt aber, wo er beim Futterholen für die Pferde von der Leiter gefallen, den Arm gebrochen und arbeitsunfähig geworden ist, steht er erst seine Hilflosigkeit ein. Jetzt könnte er den Verband mit seinen Unterstützungsleistungen und der Rechts-hilfe gebrauchen. Leider kommt die Hilfe zu spät. Anderen, noch nicht organisierten Kollegen aber möge dieser Fall als Warnung dienen. Daß der verunglückte Kollege anstatt eine Treppe eine Leiter benutzen mußte, wurde scharf kritisiert. Auch das Benehmen eines Arbeiters bei obiger Firma forderte die Versammelten zur strengen Kritik heraus. Der betreffende war von der Firma schon wiederholt entlassen, und immer verstand er es durch seine Anbetelei, dort wieder Beschäftigung zu erhalten. Da derselbe das Schmaroken gut versteht, hat ihn die Firma diesmal aus Dankbarkeit zum Bahnschaffner und Leutdriller angestellt, wobei er sich nun auch versucht hervorzuheben.

Im weiteren wird an alle organisierten Transportarbeiter Deutschlands das Ersuchen gerichtet, sich die Legitimationskarte der Hirschberg i. Schl. Arbeitervereine vorzeigen zu lassen. Der Arbeiter Anders, welcher bei der Firma Mai beschäftigt ist, sieht 15 Mk. Wochenlohn noch als zu viel an, sonst würde er wohl seinem Arbeitgeber nicht den Vorschlag gemacht haben, ihm von diesem Hungerlohn noch wöchentlich 2 Mk. zu sparen. Nachdem die Versammlung das Verhalten dieser Luckkollegen kenn-

zeichnete, wurden zum Schluß noch 5 neue Mitglieder aufgenommen.

Leipzig. Die Möbeltransportarbeiter Leipzigs hielten am Sonntag, den 28. März eine Branchenversammlung ab, die sich mit der Einhaltung des im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifvertrages beschäftigte. Der Referent hierzu führte aus: Der Gedanke, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Berufe durch Abschluß von Tarifverträgen zu regeln, habe sich nicht nur bei den Arbeitern, sondern bei jedem recht denkenden Menschen Bahn gebrochen. Bis jetzt waren es immer nur die rückständigsten Unternehmer, die den Tarifabmachungen feindselig gegenüberstanden, weil sie bei Abschluß von Verträgen gezwungen waren, ihren Arbeitern auch ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Da die Unternehmer dieses Mitbestimmungsrecht hassen, wird von ihnen alles mögliche und unmögliche ins Feld geführt, um den Abschluß von Tarifverträgen zu vereiteln. Die Leipziger Möbeltransportunternehmer hatten bei der Lohnbewegung 1907 solche geringe Zugeständnisse gemacht, daß ein Streit unvermeidlich war, der leider nach einigen Tagen verloren ging. Mit 21 Firmen wurde wohl ein Lohn-tarif vereinbart, der nach den gemachten Erfahrungen nur von seiten weniger Unternehmer gehalten wird. Hier zeigt es sich deutlich, daß es nicht die Arbeiter sind, denen die Vertragsfähigkeit abgeht, sondern es sind die Unternehmer, die nicht fähig sind, vereinbarte Tarifverträge einzuhalten. Aus dieser Tatsache müssen aber auch die Möbeltransportarbeiter die Lehre ziehen, daß es nur mit einer strammen schlagfertigen Organisation möglich ist, die Unternehmer zur Einhaltung der getroffenen Bestimmungen zu zwingen. Nach einer sachlichen aber lebhaften Diskussion wurde beschlossen, eine Anfrage an diejenigen Unternehmer zu richten, die im Jahre 1907 den Vertrag unterzeichneten, ob sie die Bestimmungen des Vertrages noch einhalten wollen, oder ob sie das Vertragsverhältnis als geküßt betrachten. Von einem Diskussionsredner wurde weiter darauf hingewiesen, daß der Möbelpacker Mag. Wielig, der bei der oben angeführten Lohnbewegung seinen Arbeitsbrüder schmüde in den Rücken fiel, seine segensreiche Tätigkeit jetzt nach Hannover verlegt hat, wo er bei der Firma Walterstein unter den gelben Möbelpackern sein kollegiales Verhältnis üben kann.

Mannheim. Eine gutbesuchte Versammlung der Fuhrleute tagte am Sonntag, den 28. März. Der Geschäftsführer machte auf die nächsten erfolgende Wahl der Delegierten zur Generalversammlung aufmerksam. Ferner gab er bekannt, daß allgemein in Kreisen der Hafenarbeiter das Gerücht verbreitet wird, daß unser Zentralvorstand in Punkt Kartellvertrag mit den Hafenarbeitern wortbrüchig geworden ist, und daß hauptsächlich unser Vorsitzender Schumann an dem Scheitern des Zusammenschlusses die Schuld trage. Der Kollege Geil schilderte in kurzen Zügen die Verhandlungen, welche in Berlin vom 16. bis 18. März stattgefunden haben, woraus zweifellos hervorgeht, daß nicht unser Kollege Schumann die Schuld an dem Mißgelingen trägt, sondern daß die Missetäter in Hamburg sitzen und Erklärungen unterzeichnen, die sie gar nicht verantworten können. Es wird in der nächsten Zeit eine Versammlung stattfinden, wo auch die Mitglieder der Hafenarbeiterorganisation eingeladen werden, wo eingehend unsererseits über die letzten Vorgänge Bericht erstattet wird.

Dann verlas der Geschäftsführer die Eingabe, welche von seiten unseres Zentralvorstandes an den Bundesrat geschickt wurde. Auch hier entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher hauptsächlich hervorgehoben ist, daß sich die Mannheimer Kollegen wenig von einer Regierung versprechen, welche, wie die gegenwärtige, zusammengesetzt ist. Für den Transportarbeiter gilt es, sich zu einer kräftigen Organisation zusammenzuschließen und durch Selbsthilfe in Form von Tarifverträgen, sich andere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dann wurden die Beschlüsse der Unternehmer auf ihrem letzten Verbandstage eingehend erörtert. Auch das Vorgehen der hiesigen Unternehmer wurde mit in die Debatte gezogen. Die Kollegen sind allgemein der Ansicht, daß die Unternehmer erst durch Schaden klug werden müssen. Der Anschluß derselben an den allgemeinen Arbeiterverband bedeutet weiter gar nichts, als eine Anebelung der Interessen der Arbeiter, sowohl als der Unternehmer selbst. Nach den Statuten der Arbeitgeber müssen sie ihr Schicksal in den Schöß des geschäftsführenden Ausschusses legen, welcher darüber entscheidet, ob der Lohnkampf berechtigt oder unberechtigt ist. Wie bei einem Inhabermarsch dieser geschäftsführenden Ausschusses entscheidet, darüber sind die Geschritten einig. Denn diese Großunternehmer a la Rosenfeld usw., welche das ganze Jahr die sogenannten Broigebir der Fuhrwerksbesitzer sind, haben das größte Interesse daran, daß die Ansprüche der Fuhrwerksbesitzer und logischerweise auch die Ansprüche der Kutscher, keine zu hohen werden, andernfalls ja sie die Beche bezahlen müssen. Also die Herren Unternehmer machen hiermit selbst die Böcke zu Gärtner. Die hiesigen Unternehmer sind noch stets mit unserer Organisation ausgekommen und werden es auch in Zukunft, wenn sie einigermaßen Vernunftgründe walten lassen. Es wird auch gehen, ohne daß die Herren Wolf und Krager den Teufel Sozialismus an die Wand malen. Für unsere Kollegen kann nur die eine Parole gelten: die Organisation zu stärken und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, damit wir, wenn es zu einem Lohnkampfe kommen sollte, gerüstet dastehen. Das Organisationsverhältnis ist in Mannheim unter den Kutschern noch genau so, wie in der Hochkontinuität. Bei der Firma Reichert ist eine unheimliche Ausnahme. Dort haben in den letzten Wochen ungefähr ein halbes Duzend der Organisation den Rücken gefehlt. Ob dieselben durch zuckerharte Versprechungen des Herrn G. gelockt worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Das eine wurde nur von

einem Kollegen in der Diskussion angeführt, daß, wenn ein Kollege sich erlaubt, auch nur ein Wort über die Organisation zu reden, es sofort dem Unternehmer hinterbracht und dann sofort mit Entlassung gedroht wird. Dieselben Leute, die bei der Lohnbewegung ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind und nachträglich auf die ermüdete Lohnbewegung nicht verzichtet haben, sind es, welche heute in der wirtschaftlichen Krise sich hinter den Schutz des Unternehmers verziehen und durch Schwarzherdienste die Existenz ihrer überzeugten Mitarbeiter aufs Spiel setzen. Der Kollege ersuchte, daß alle anderen Spektakelkutscher an der Bahn und wo es auch sei, den Indifferenten bei Reichert das Verwerfliche ihrer Handlungen klar machen sollten. Dann wurde die Neuwahl der Sektionsleitung vorgenommen und die Versammlung mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, unermüdet für unsere gerechte Sache tätig zu sein, geschlossen.

München. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag den 21. März eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche die Anträge der Mitgliedschaft an den 6. Verbandstag, der diesmal in München tagt, entgegenzunehmen hatte und in welcher zugleich die Nominierung der Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung vorgenommen wurde.

Zunächst stellte sich Kollege Werthmann, der an die Stelle Doblere als Gauleiter berufen wurde, der einen Bericht über die gegenwärtige Situation im Gau. Hieran anschließend machte er einige für die Allgemeinheit der Kollegenschaft bestimmte Mitteilungen aus den Verhandlungen der kürzlich stattgefundenen Gauleiterkonferenz und beendete seine Ausführungen mit dem Wunsche, die Kollegen möchten nach wie vor für den Auf- und Ausbau der Organisation wirken, damit dem rückständigen Schwarzherdismus klar gemacht werden könne, daß der Transportarbeiter kein Arbeiter sei, sondern als Mensch auch den Anspruch auf ein kulturelles Dasein hat. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden drei Anträge eingebracht, welche dem Verbandstag zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollten. 1. Die Extramarke soll aufgehoben werden und als Ersatz eine entsprechende Erhöhung des Wochenbeitrages eintreten. 2. Die besetzten Ortsbeamten sollen in Zukunft nicht mehr durch die Ortsverwaltung, sondern durch die Mitgliedschaft der Zahlstellen in Vorschlag gebracht werden. 3. Das Verbandsorgan, der „Courier“, soll in „Transportarbeiter“ umgetauft werden. Nachdem die Nominierung der Kandidaten erfolgt war, wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Schedele, eine Mitteilung des Gewerkschaftsvereins verlesen, in welcher angefragt wurde, ob unsererseits auch für dieses Jahr eine Branchenversammlung zur Feier des 1. Mai abgehalten wird. Bei der Abstimmung hierüber wurde einstimmig beschlossen, eine Maifeier-Versammlung abzuhalten.

Hierauf wurde die gut besuchte und schön verlaufene Versammlung geschlossen.

München. Der Militärarbeiter, das offizielle Organ des Militärarbeiterverbandes, schreibt in Nr. 2: In zwei gut besuchten Versammlungen nahmen die nahrungsgewerblichen Arbeiter der Artilleriewerkstätten Münchens Stellung, wie ihre Lohnverhältnisse mit den jetzigen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen seien.

Der zu diesem Zwecke in der ersten Versammlung erschienene Referent, ein Herr Schmidt kam nach längeren Ausführungen zu dem Schluß, den Arbeiterauschuss zu beauftragen, bei der Direktion vorstellig zu werden, um mehr Lohn für die betreffende Kategorie zu erreichen. Der anwesende Kollege Unschold versuchte das verfehlte Vorgehen klarzulegen, indem er darauf aufmerksam machte, daß neben den Kollegen in den Artilleriewerkstätten Münchens, die nahrungsgewerblichen Kollegen der technischen Betriebe, Amberg und Ingolstadt und eine Anzahl der nicht-technischen Betriebe, welche bei der ab 1. Januar 1909 bei den nichttechnischen Betrieben in München infolge des in die Höhe gegangenen ortsüblichen Lohnes vorgenommenen Lohnverhöhung nicht erhielten, ebenfalls mit in Betracht gezogen werden müssen.

Doch die Latenzluft war derart entbrannt, daß die beiden anwesenden Arbeitervertreter im Sturme über die gut gemeinten Worte und den gangbaren Weg hinweggingen und den Lockungen eines Herrn, der die Verhältnisse der Militärarbeiter nur vom Hörensagen kennt, folgten; in blindem Eifer sich und die Mehrzahl der Besucher von den nun hochgehenden Wogen mitreißen lassen. Soweit die für uns besonders interessanten Ausführungen des noch bedeutend längeren Artikels, welcher im weiteren mit unseren eigenen Ansichten mehr oder weniger übereinstimmen dürfte.

Zunächst wollen wir dem Schreiber des Artikels, in welchem wir nicht mit Unrecht den Vorsitzenden des Militärarbeiterverbandes Herrn Unschold erkennen, mitteilen, daß die betreffenden Versammlungen vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufen wurden und daß der betreffende Herr, trotzdem er die Verhältnisse der Militärarbeiter nur vom Hörensagen kennt, wie sich Artikelschreiber auszudrücken beliebt, den Nagel auf den Kopf getroffen hat, dürfte er aus dem einstimmigen Beifall ersehen haben.

Was den gangbaren Weg anbelangt, mußte sich Herr Unschold bereits in der ersten Versammlung eines andern belehren lassen, nachdem ihn Referent auf die Tatsachen verwies, daß die örtliche und insbesondere die Notlage der nahrungsgewerblichen Militärarbeiter der Artilleriewerkstätten Münchens erwießen sei und zunächst dem Körper doch das Hemd näher liege als der Rock, erklärte er ja selbst, daß es nicht schaden könne, doch sehe er keine großen Hoffnungen

hierauf. Hierin gab ihm Referent ganz recht, da durch zu große Hoffnungen auf den guten Willen der Arbeitgeber und besonders, wenn der Staat in Betracht komme, stets Enttäuschung gefolgt wäre.

Die nochmaligen Bemühungen des Herrn Unschold u. Gen. in der zweiten Versammlung, die Kollegen von einer Petition an die kgl. bay. Feldzeugmeisterei abwendig zu machen, mißlang wiederum vollständig und die Herrn Kollegen vom Militärarbeiterverband bekamen in der Diskussion und im Schlußwort des Referenten unverhohlen und deutlich die Meinung über ihr Beginnen, Zersplitterung zu schaffen, zu hören, so daß sie es vorzogen, noch vor Schluß der Versammlung das Lokal zu verlassen.

In der dritten Vollversammlung, in welcher die bereits ausgearbeitete Petition ihre einstimmige Annahme fand, ließ sich überhaupt kein Vertreter des Militärarbeiterverbandes mehr sehen; sonst hätten sie die Ansicht über angeführten Artikel von den Versammelten selbst hören können. Um aber nichts zu verheimlichen, wollen wir nur mitteilen, daß sämtliche Anwesende der Ansicht waren, daß nur Verdrüss und Weid, wieder einmal zu spät gekommen zu sein und die Stimmung der Kollegen in den Artilleriewerkstätten so wenig getannt zu haben, daß sie glaubten, alles sei in schönster Ordnung. Die Führer des Militärarbeiterverbandes müssen doch die Verhältnisse dieser Betriebe genau kennen? Weiters nachdem sie an der Sache nichts mehr ändern konnten, ihre Presse dazu benützten, die Feldzeugmeisterei scharf zu machen, oder wenigstens zu zeigen, welche unschuldiger, für das Staatswohl besorgter Verband der Militärarbeiterverband sei.

Noch einige derartige Artikel und die freie Organisation wird eine mächtige Beihilfe in der Aufklärung der bis jetzt noch nicht überzeugten Kollegen erhalten.

Norbhausen. Am 20. März fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom Vergütigen gegeben war, bei dem wir einen schönen Ueberschuß erzielt haben, erläuterte der Vorsitzende die in diesem Jahre stattfindende 6. Generalversammlung in München, sodann wurde zur Wahl eines Kandidaten für die Delegiertenwahl geschritten. In Vorschlag kam der Gauleiter Kollege Krüner, welcher auch gewählt wurde. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Stuttgart. Die am Sonntag den 21. März ins Gewerkschaftshaus einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung erfreute sich einer wider Erwarten starken Beteiligung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Recht und Rechtsentwicklung von Herrn Rechtsanwält Dr. Christlieb, 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Der Referent schilderte für unsere Kollegen in leichtfaßlicher Weise die Entstehung des Rechts. An einer Reihe sehr populärer Beispiele zeigte er, wie unser heutiges Recht vor Jahrtausenden entstanden ist und wie es die Besitzenden zu allen Zeiten verstanden haben, das Recht und seine Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen und so vielfach für weite Schichten des Volkes aus Recht Unrecht geworden ist. Auf unsere Zeit übergehend, gab Redner der Meinung Ausdruck, daß auch wir in unserem Streben und Zielen darauf bedacht seien, möglichst viele Paragrafen des Rechts in uns günstigem Sinne umzugestalten. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterbewegung stark ist, wenn ihr unaufhörlich neue Kämpfer zuströmen. Dies wünsche er uns in unserem Kampfe von Herzen. Reicher Beifall lohnte die populär und mit Humor vorgetragene Ausführungen des Redners. Vor Eintritt in den zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Ortsverwaltung sich mit der Notlage eines Kollegen befaßt habe, der im Jahre 1907 verunglückt sei und bis heute noch nicht arbeitsfähig und es in absehbarer Zeit auch nicht werde. Die hieran sich anschließende Debatte zeigte einen erfreulichen Opfermut und ein schönes Beispiel von Solidarität. Bei Punkt 2, Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag, wurde der Beschluß gefaßt, einen Kollegen von Stuttgart und einen vom Gau vorzuschlagen. Die Wahl ergab, daß für Stuttgart die Kollegen Dreher (Stuttgart) und Gerold (Karlsruhe) in Vorschlag gebracht wurden.

Bei dieser Gelegenheit richten wir an unsere Mitglieder die Aufforderung, alle unsere Versammlungen so zahlreich wie diese zu besuchen und sich die Mühe geben, zahlreiche nicht organisierte Kollegen mitzubringen.

Wien. Am 13. März 1909 fand eine Mitgliederversammlung statt, welche sich unter anderem mit der 6. Generalversammlung in München beschäftigte. Ein Kollege aus Berlin erläuterte in Hinsicht auf die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse die Arbeiten, mit welchen sich diese Generalversammlung im Interesse unserer Berufskollegen beschäftigen wird. Das Statut wird den Verhältnissen entsprechend einer Revision unterzogen und auch innere Organisationsfragen behandelt werden, wonach wir dann mit den geschärften Waffen in den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung ziehen können. Als Kandidat zur Delegiertenwahl wurde der Kollege Hermann Schulz gewählt. Die Wahl soll am 4. April stattfinden. Eine Anschuldigung gegen den Kollegen Lemm führte zu leerer Rede auf. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Mit einem Appell an die Einnahme und Pflege der Kollegialität wurde die Versammlung geschlossen.

Verantwortl. Redakteur: Emil Niebel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.